

---

# PAZIFIK- INFORMATIONENSTELLE

---

Postfach 68, Hauptstraße 2  
91561 Neuendettelsau  
Germany



## Dossier Nr. 37

### Der Bougainville-Konflikt in Papua-Neuguinea - Ursachen, Verlauf und Lösungsansätze

Autor: Volker Böge

Datum: Dezember 1994



**Hinweis der Redaktion:**

Der Autor arbeitet in der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.

## Bougainville - Sezessionskrieg im Südpazifik

### Vorbemerkung

Seit 1988 herrscht Krieg auf der Pazifikinsel Bougainville. Die Kämpfer der sezessionistischen Guerillabewegung Bougainville Revolutionary Army führen einen erbitterten Dschungelkrieg gegen die Streitkräfte der Zentralregierung Papua-Neuguineas. Eine wesentliche Kriegsursache scheinen die ökologischen Zerstörungen zu sein, die durch den Betrieb einer gewaltigen Kupfermine auf der Insel verursacht wurden. Die materielle Existenzgrundlage und traditionelle Lebensweise der indigenen Bevölkerung wurde dadurch massiv gefährdet.

Diese ökologische Konfliktdimension war Anlaß, den von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachteten Krieg auf Bougainville im Rahmen des "Environment and Conflicts Projects" (ENCOP) - einem internationalen Forschungsvorhaben, an dem Institutionen und Personen aus der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Nigeria, Sudan und Bangladesh beteiligt sind - eingehenderer Untersuchung zu unterziehen<sup>1</sup>. Anhand des Falles Bougainville, der als ein typischer "ökologischer Konflikt" gelten kann<sup>2</sup>, wurde ein im Rahmen von ENCOP entwickeltes Analyseraster zur systematischen Erfassung solcher Konflikte erstmals auf seine Tauglichkeit überprüft<sup>3</sup>. Die folgende Darstellung präsentiert in geraffter Form die Analyse des Bougainville-Konflikts anhand dieses ENCOP-Analyserasters<sup>4</sup>.

1 Das Environment and Conflicts Project widmet sich der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökologischer Degradation und gewaltsamem Konfliktaustrag. Ziel ist eine systematische Bestandsaufnahme ökologisch induzierter Konflikte - eine "Geographie des ökologischen Konflikts" - und die Entwicklung von Vorschlägen zur friedlichen Bearbeitung derartiger Konflikte. Im Rahmen des Projekts sollen mehrere umfassende Fallstudien zu ökologisch besonders sensiblen und konfliktträchtigen Regionen (Bangladesh, Nigeria, Sudan, Naher Osten, Zentralasien, Zaire u.a.) erstellt werden, und es sollen knappere Überblicksdarstellungen über alle anderen identifizierten ökologisch induzierten Konflikte gegeben werden. Koordiniert wird dieses internationale Forschungsvorhaben von der Schweizerischen Friedensstiftung und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich; weitere Kooperationspartner sind die Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg, das Institute for African Alternatives London/Khartoum, das African Peace Research Institute, Lagos (Nigeria) sowie das Centre for Development Research in Dhaka, Bangladesh.

2 Zur ENCOP-Definition ökologischer Konflikte s. Libiszewski, Stephan: What is an Environmental Conflict?, in: ENCOP Occasional Paper No.1, Bern-Zürich, Juli 1992.

3 Zum Analyseraster vgl. Böge, Volker: Proposal for an Analytical Framework to grasp "Environmental Conflict", in: ebd.

4 S. Böge, Volker: Bougainville: A "classical" environmental conflict? (= ENCOP Occasional Paper No. 3, Bern-Zürich Oktober 1992). Bei dem hier vorliegenden Text handelt es sich um die aktualisierte und überarbeitete deutsche Fassung dieser Studie.

## 1. Einleitung

Die von rund 160.000 Menschen bewohnte Pazifikinsel Bougainville gehört geographisch zu den Salomon-Inseln, mit 8800 Quadratkilometern ist sie die größte Insel dieses Archipels. Politisch jedoch ist Bougainville Teil Papua-Neuguineas, was auf die Kolonialzeit zurückzuführen ist, als die Insel stets zusammen mit Neuguinea verwaltet wurde - zunächst unter deutscher, dann unter britischer und schließlich unter australischer Herrschaft. Als Papua-Neuguinea 1975 unabhängig wurde, wurde Bougainville zusammen mit einigen kleineren Inseln als "Provinz Nord-Salomonen" Teil des neuen Staats. Die gebirgige Insel ist von schwer zugänglichen tropischen Regenwäldern bedeckt, ihre Bewohner lebten bis in die jüngste Vergangenheit als Jäger und Sammler, die Landwirtschaft beschränkte sich auf Subsistenz-Gartenbau. Nur in einigen Küstenstreifen gab es seit den 30er Jahren größere Kakao-Plantagen, die für den Export produzierten.

Die Verhältnisse auf der Insel wurden jedoch in den 60er Jahren einem dramatischen Wandel unterzogen, als in der Crown Prince Range (Panguna Hill) südwestlich der Stadt Kieta Kupfer entdeckt wurde. Schon bald stellte sich heraus, daß Bougainville gewaltige Kupferreserven barg (Schätzungen bewegten sich zwischen 720 und 950 Mio Tonnen), was Papua-Neuguinea (PNG) zu einem der kupferreichsten Länder der Welt werden ließ<sup>5</sup>.

Im Jahr 1967 wurde die Bougainville Copper Limited (BCL) gegründet, an der Conzinc Riotinto of Australia (CRA) - eine Tochter des Bergwerks-Giganten British Riotinto Zinc - die Mehrheitsanteile hielt und die Regierung PNG's mit 19% beteiligt war. Im selben Jahr begann die Entwicklung der Panguna-Mine, die am 1. April 1972 ihre Produktion aufnahm. Die Mine wurde rasch sowohl in Hinblick auf Größe als auch Produktionsausstoß zu einer der größten Tagebau-Kupferminen der Welt und zum Rückgrat der Volkswirtschaft PNG's.

Im Laufe der Jahre zeitigte der Minenbetrieb für die Ökologie der Insel verheerende Auswirkungen. Die einheimische Bevölkerung begann zu befürchten, daß ihr aufgrund der ökologischen Zerstörungen die Lebensbasis entzogen werden würde. Da die Mininggesellschaft und die Zentralregierung PNG's auf die entsprechenden Befürchtungen und Einwendungen der Inselbewohner nicht eingingen, begannen die Mitglieder besonders betroffener Clans aus der unmittelbaren Umgebung der Mine im Herbst 1988 mit einer Sabotage-Kampagne gegen Mineneinrichtungen, die rasch zu einem Guerillakrieg gegen die Truppen der Zentralregierung eskalierte. Dieser Krieg dauert zur Zeit noch an. Man kann ihn als ökologisch induzierten Gewaltkonflikt interpretieren. Diese Kon-

---

<sup>5</sup> Vgl. Kreisel, Werner: Die Pazifische Inselwelt. Darmstadt 1991, S. 266.

fliktdeutung soll im folgenden durch eine genauere Darstellung seiner Entstehung und seines Verlaufs untermauert werden.

## 2. Ökologische Zerstörungen auf Bougainville

Der Betrieb der Panguna-Mine hat zu gewaltigen Umweltzerstörungen auf Bougainville geführt<sup>6</sup>. Durch den Tagebau entstand ein sieben Quadratkilometer großer und 500 Meter tiefer Krater, der als "das zweitgrößte Loch der Welt" bezeichnet wurde. Der Abraum bedeckte bald große Flächen der Insel. Ein Fünftel ihrer Gesamtfläche wurde im Laufe der Zeit dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Bereits in einer Studie aus dem Jahre 1974 wird konstatiert: "The most serious source of environmental pollution concerns the disposal of about 150.000 tonnes of rock waste and tailings a day from the mine area"<sup>7</sup>. Schon damals kurz nach Inbetriebnahme der Mine waren große Flächen durch die Ablagerung des Abraums zerstört: "The area of greatest deposition is immediately downstream of the confluence between the Jaba and Kawerong rivers, where the Kawerong leaves its steep mountain course and its gradient is reduced (...). Here, about 13.576.000 tonnes of sediment, or 43% of the total land deposition, has been laid down. The rate of sediment build-up is estimated at 3 m a year and, so far, a thickness of about 8 m of sediment has been deposited"<sup>8</sup>.

Weiteres Land ging durch Straßenbau, den Bau von Hafenanlagen, städtischen Wohnquartieren usw. verloren. Schon vor Aufnahme des Minenbetriebs waren völlig neu gebaut worden ein Tiefseehafen bei Loloho in der Anewa-Bucht, eine 26 km lange Verbindungsstraße zwischen Mine und Hafen sowie zwei Städte, Arawa und Panguna<sup>9</sup>.

Da weitere Explorationen vorgenommen wurden, bestand die Gefahr, daß noch sehr viel mehr Fläche durch den Kupferabbau betroffen werden würde.

Große Flächen fruchtbaren Bodens gingen für die Landwirtschaft verloren. Regenwald wurde großflächig zerstört, viele Tierarten wurden drastisch dezimiert, andere verschwanden völlig. Die Zerstörung des Waldes hat zur drastischen Einschränkung der traditionellen wirtschaftlichen Aktivitäten des Jagens und Sammelns geführt. Die Flüsse Kawerong und Jaba wurden schwer geschädigt. Sedimentablagerungen haben ihr Bett angehoben und ihren Lauf verändert, Erosion und Überschwemmungen verursacht. Überschwemmungen und Ablagerungen des Minensediments haben zur Verschlammung der ursprünglich besonders fruchtbaren und landwirtschaftlich intensiv

6 Vgl. zum folgenden ebd., S. 274f. sowie Brown, M.J.F.: A Development Consequence - Disposal of Mining Waste on Bougainville, Papua New Guinea, in: *Geoforum*, Vol. 5, 1974, No. 18, S.19-27 und Connell, John: The Panguna Mine Impact, in: Polomka, Peter (ed.): *Bougainville: Perspectives on a Crisis*. Canberra 1990, S.43-53, besonders S. 52f.

7 Brown, a.a.O., S. 22.

8 Ebd., S. 24.

9 Ebd., S. 20.

genutzten Flußufer geführt. Die Sedimentfracht der Flüsse ist drastisch angestiegen. Gelöstes Kupfer und andere Schwermetalle in dramatisch hohen Konzentrationen (Molybdän, Kadmium, Quecksilber, Zink, Blei, Arsen) ließen das Wasser der Flüsse für Fische und Menschen giftig und unbrauchbar werden<sup>10</sup>. Der Fischbestand ist aufgrund dieser Flußverschmutzung und -vergiftung drastisch zurückgegangen: "The sediment-choked Kawerong-Jaba rivers have no more fish living within them. Also, the fish are dying in the fresh tributaries of the Jaba, principally the Pagana and upper Jaba rivers, because they cannot migrate to the sea to spawn"<sup>11</sup>. Das Flußwasser kann von den an den Ufern gelegenen Dörfern nicht mehr genutzt werden.

In Siedlungen in der Nähe der Mine oder an Straßen ist die Verschmutzung der Luft und des Trinkwassers durch Staub zum Problem geworden. Gefährliche Chemikalien, die im Abbauprozess verwendet werden (Cyanide), sollen verantwortlich für den Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge sein. Auch die Meeresfischbestände an der Westküste der Insel - eine wichtige Quelle von Protein für die Küstenbevölkerung - sind durch die von den Flüssen in das Meer hineingetragene Sedimentfracht und das dumping von giftigen Chemikalien stark in Mitleidenschaft gezogen worden<sup>12</sup>.

Zusammenfassend ist festzuhalten: "Copper mining on Bougainville has resulted in serious pollution of the tropical environment. Rivers have become choked with sediments, large areas of rainforest have been destroyed, fish have been killed, and the rivers and seas are being contaminated with heavy metals", und: "The spread of tailings has threatened several villages, deprived the people of both agricultural land and areas of rainforest traditionally important for hunting and building materials, and the people have lost access to fish in the rivers"<sup>13</sup>.

Bei den Einwohnern der Insel wuchs die Befürchtung, daß nach Beendigung der Bergbauaktivitäten eine Mondlandschaft auf der Insel zurückbleiben würde, daß sie zurückgelassen werden würden auf einer toten Insel - mit einem riesigen Krater in der Mitte und zerstörtem und vergiftetem Land und Wasser drumherum, entleert von Wild und Fischen, nutzlos für die Menschen. Denn auch nach Beendigung des Bergbaus werden ökologische Gefährdungen fortbestehen: "After the mine has ceased operations the open pit and waste rock dump will remain as a potential serious source of pollution as a result of erosion and the leaching of soluble oxidation products. This may be particularly heavy in view of the high rainfall in the area. Tailings on the Jaba flood plain may also continue to release metal in solution. A dead mine may remain a very live source of pollution"<sup>14</sup>.

10 Ebd., S. 22.

11 Ebd., S. 25.

12 Ebd., S. 26 und Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, in: Polomka, a.a.O., S. 92-98, hier: S.97.

13 Brown, a.a.O., S. 27 und S. 25.

14 Ebd., S. 27.

Die ökologischen Zerstörungen sind nicht reversibel bzw. nur teilweise zu sehr hohen Kosten langfristig reversibel. Die im Tagebau und durch den Abraum zerstörten Flächen können nicht wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Diese Flächen haben keinen wirtschaftlichen und sozialen Wert mehr. Wiederaufbauversuche sind bisher gescheitert.

Die ökologischen Zerstörungen sind zwar begrenzt auf die Insel Bougainville und ihre Küstengewässer. Aber ähnliche ökologische Probleme haben sich mittlerweile auch in anderen Teilen PNG's entwickelt, in denen Tagebau auf großer Stufenleiter betrieben wird. Zu nennen ist insbesondere die Fly River - Region in der Westprovinz von PNG, wo die Ok Tedi Gold- und Kupfermine zu ähnlich verheerenden ökologischen Zerstörungen geführt hat wie die Panguna-Mine auf Bougainville<sup>15</sup>. Andere umweltzerstörende Minen in PNG sind die Porgera Goldmine, die Mt.Kare Goldmine, die Gold- und Silbermine auf der Misima-Insel und die Goldmine auf der Lihir-Insel<sup>16</sup>.

Die Ursachen für die ökologische Degradation auf Bougainville ist zu suchen im Charakter des Tagebaus, den wirtschaftlichen Interessen der Bergwerksgesellschaft, der Stellung PNG's in der Weltwirtschaft und im von der Zentralregierung verfolgten Entwicklungsmodell.

Tagebau auf großer Stufenleiter ist "von Natur aus" ein ökologisch sehr zerstörerisches Unternehmen, vor allem in einem so hochempfindlichen Ökosystem wie dem tropischen Regenwald<sup>17</sup>. Daß trotz dieser allgemein verbreiteten Erkenntnis auf Bougainville Tagebau dieser Art betrieben wurde, hat zunächst mit dem Profitinteresse von BCL - bzw. der dahinter stehenden australischen und britischen Gesellschaften - zu tun, die das Kupfer von Bougainville auf dem Weltmarkt verkauften. Daß diesen Gesellschaften die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf Bougainville gestattet wurde, ist wiederum auf die wirtschaftliche Position und die Entwicklungspolitik PNG's zurückzuführen.

15 S. zu Ok Tedi die ausführliche Untersuchung: Entwicklung und Umwelt. Ökonomisch-ökologische Entwicklung in Papua-Neuguinea. Eine Untersuchung des Starnberger Instituts im Auftrag des Missionswerkes der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. München 1991 sowie Kreisel, a.a.O., S. 267ff.. Da an der "Ok Tedi Mining Limited" auch deutsche Firmen mit über 20% beteiligt sind (Metallgesellschaft, Degussa und die bundeseigene Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft), hat die mit dem Erzbergbau am Ok Tedi verbundene "ökologische und ökonomische Katastrophe für die Bevölkerung" zur Beschäftigung des Deutschen Bundestages mit dem Problem geführt, und dies mit dem Ergebnis, daß die Bundesregierung aufgefordert wurde, Millionenbeträge zur ökologischen Sanierung der betroffenen Region aufzuwenden, s. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Drucksache 12/3883, 30.11.92 (Erzbergbau am Ok Tedi in Papua-Neuguinea), daraus auch obiges Zitat. Vgl. ferner die tageszeitung, 16.1.1993, S. 6 (Flußvergifter müssen zahlen).

16 Vgl. zu diesen anderen Minen King, Peter: Redefining South Pacific Security. Greening and Domestication, in: Thakur, Ramesh (ed.): The South Pacific. Problems, Issues and Prospects. Houndmills and London 1991, S. 45-63, hier: S.49f.

17 S. dazu allgemein Haas, Hans-Dieter/ Robert Fleischmann: Geographie des Bergbaus. Darmstadt 1991 (= Erträge der Forschung, Band 273), besonders S. 68ff sowie S. 159ff.

Die Regierung PNG's setzt für die Entwicklung des Landes auf den Reichtum an Bodenschätzen, insbesondere Kupfer und Gold. Das Entwicklungskonzept ist voll und ganz auf Ausbeutung und Export dieser Ressourcen abgestellt. Dieses weitgehend vom Bergbau abhängige exportorientierte Entwicklungsmodell wird massiv von IWF und Weltbank unterstützt. Die Panguna-Mine war in den 70er und 80er Jahren der entscheidende Faktor in diesem Entwicklungskonzept. Die wirtschaftliche Bedeutung der Mine für die Zentralregierung PNG's kann in dieser Hinsicht gar nicht überschätzt werden. Seit 1972 trug die Panguna-Mine 44% zu den gesamten Exporten PNG's bei. 16% der Staatseinkünfte PNGs wurden von der Panguna-Mine aufgebracht<sup>18</sup>. Die Erträge der Mine im Jahrzehnt 1978-1987 verteilten sich wie folgt: rund 60% gingen an die Zentralregierung, 35% an die ausländischen Gesellschaften, knapp 5% an die Provinzregierung der Nord-Salomonen und 0,2% an die örtlichen landbesitzenden Clans im Minengebiet (hinzu kamen für letztere noch gewisse Kompensationszahlungen für die Zerstörung von Wald und für Verluste in Landwirtschaft und Fischfang<sup>19</sup>).

Das auf Ausbeutung der Bodenschätze ausgerichtete exportorientierte Entwicklungsmodell der Regierung PNG's hat zu verheerenden ökologischen Zerstörungen auf Bougainville (und anderswo in PNG) geführt. Insofern ist die ökologische Degradation auf Bougainville mit ihren gravierenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Inselbewohner auch Ausdruck der Krise dieses von der Zentralregierung verfolgten Entwicklungsmodells, das angesichts der gegebenen Strukturen der Weltwirtschaftsordnung allerdings ohne Alternative scheint.

### 3. Soziale Auswirkungen der ökologischen Zerstörungen

Während die Panguna-Mine für die wirtschaftliche Entwicklung PNG's insgesamt von großer Bedeutung war, führte der Minenbetrieb auf lokaler Ebene zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die ansässige Bevölkerung. Das für die Landwirtschaft zur Verfügung stehende Land wurde erheblich reduziert, die Erträge sanken. Jagd und Fischfang wurden wegen der Waldzerstörung und Flußvergiftung erheblich beeinträchtigt.

Zu diesen unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteilen kamen gravierende ideelle Beeinträchtigungen hinzu. Land hat in der melanesischen Gesellschaft eine völlig andere Bedeutung als in der westlich-abendländischen. Es gibt keinen individuellen Landbesitz, man kann Land nicht kaufen und verkaufen. Land gehört jeweils dem gesamten Clan, wobei die lebenden Clan-Mitglieder das Land nutzen, es aber auch für die Geister der toten und der noch ungeborenen Generationen zu bewahren haben. Land ist Quelle des Lebens und der Sicherheit für die Clans. Landverlust ist also nicht nur von unmittel-

---

18 Connell, a.a.O., S. 43.

19 S. Brown, a.a.O., S. 26.



barem aktuellen wirtschaftlichen Nachteil, sondern hat unabsehbare Auswirkungen für das soziale Gefüge und das spirituelle Leben der betroffenen Menschen<sup>20</sup>.

Seit 1969 mußten mehrere Dörfer aus den vom Bergwerksbetrieb betroffenen Gebieten ausgesiedelt werden<sup>21</sup>. Für die umgesiedelten Menschen wurde die Lage kritisch, weil das ihnen nach der Umsiedlung nurmehr zur Verfügung stehende Land für die Subsistenzwirtschaft nicht mehr ausreichte. Die umgesiedelten Dorfbewohner wurden in menschenunwürdigen Behausungen untergebracht (überfüllte Wellblechhütten mit ungenügenden sanitären Anlagen usw.)<sup>22</sup>.

### Ethnische Gegensätze

Die innergesellschaftlichen Gegensätze wurden durch den Bergwerksbetrieb und seine ökologischen Folgen verstärkt. Erwähnt werden muß zunächst die Verschärfung der ethnischen Gegensätze. Eines der Hauptprobleme des Staates Papua-Neuguinea ist seine ethnische Vielfalt. In PNG leben Angehörige von mehr als 700 Sprachgruppen, die z.T. erhebliche ethnische Unterschiede aufweisen. Insbesondere sind auch die Einwohner Bougainvilles anderer ethnischer Herkunft als die Papuas der Hauptinsel. Sie gehören zu den Bevölkerungsgruppen der westlich benachbarten Salomonen, zu denen es auch vielfältige familiäre Beziehungen gibt. Die Einwohner Bougainvilles fühlen sich kulturell und sozial eher den Salomonen zugehörig als PNG. In der Tat liegt Bougainville den übrigen Salomonen geographisch sehr viel näher als der Hauptinsel des Staates PNG, Neuguinea (die nahegelegensten Salomon-Inseln sind nur wenige Kilometer von Bougainville entfernt, Neuguinea dagegen Hunderte von Kilometern). Die "Schwarzhäute" Bougainvilles und die "Rothäute" Neuguineas sind sich fremd<sup>23</sup>.

Die Einwohner Bougainvilles haben in Abgrenzung zu den anderen Bewohnern PNG's eine ausgeprägte eigene Identität als "Bougainvilleans" entwickelt - wobei diese Identitätsbildung in Auseinandersetzung mit ethnischen, kulturellen und sprachlichen Differenzierungen innerhalb der Einwohnerschaft der Insel selbst zu erfolgen hatte: Auch auf Bougainville werden rund 18 verschiedene Sprachen gesprochen, bezieht man die Insel Buka und andere ebenfalls zur Provinz Nordsalomonen gehörende kleinere In-

20 Zur Bedeutung von Land in der melanesischen Gesellschaft vgl. allgemein Fairbairn, Teó I. J. et.al.: *The Pacific Islands: Politics, Economics, and International Relations*. Honolulu 1991, S. 26f. ("In all Pacific island cultures there is a deep emotional attachment to the land...Prior to Western contact, land was communally owned and transferred through inheritance or warfare. Land could be made available to others for use, but it belonged to the clan in perpetuity") sowie Polomka, Peter: *Overview: Land as Life, Security and Impediment to Unity*, in: ders., a.a.O., S. 1-4, besonders S. 2..

21 S. Brown, a.a.O., S. 25 sowie Connell, a.a.O., S. 49.

22 Vgl. Connell, a.a.O., S. 49.

23 Vgl. ebd., S. 44f. sowie Fairbairns et.al., a.a.O., S. 27f. zur Bedeutung ethnischer Differenzen für die Politik im Südpazifik allgemein, und für die Bedeutung der ethnischen Differenzen im Fall Bougainville im besonderen s. ebd., S.36 sowie Lawson, Stephanie: *Ethnonationalist Dimension of Internal Conflict: The Case of Bougainville Secessionism*. Canberra September 1992 (= The Australian National University Peace Research Centre Working Paper No. 121), S.10f.

seln ein, sind es sogar noch mehr. Diese verschiedenen Bevölkerungsgruppen konnten zu einer eigenen Bougainville-Identität nur gelangen in Absetzung von den "Non-Bougainvilleans" aus anderen Teilen PNG's: "In the specific case of Bougainville...the idea of ethnicity has worked as a unifying agent in bringing together the smaller groups in the province (Nasioi, Buka, Banoni, Siwai, etc.) into the larger group of Bougainvilleans. This has been achieved by stereotypical labelling best exemplified in the depiction of mainlanders as 'redskins' in contrast with Bougainvilleans who see themselves as 'blackskins'"<sup>24</sup>. Bei diesem Vereinheitlichungsprozeß spielte die Bevölkerungsgruppe der im Minengebiet lebenden Nasioi, die am direktesten und stärksten von den ökologischen Zerstörungen betroffen war und die daher zur "Avantgarde" im Kampf gegen die Mine und die Zentralregierung wurde, eine besondere Rolle<sup>25</sup>. Allerdings sind Zweifel angebracht, ob interne Differenzen zwischen den einzelnen Clans und Gruppen auf Bougainville tatsächlich durch ein auf die Gesamtinsel bezogenes (Mikro-) "Nationalbewußtsein" auf Dauer wirksam zurückgedrängt werden konnten.

Die ethnischen Unterschiede haben zu Spannungen zwischen indigenen Bewohnern der Insel und zugewanderten Arbeitern von der Hauptinsel geführt. Denn von der Panguna-Mine wurden vor allem "Rothäute" von der Hauptinsel eingestellt. Während diese Arbeitsmigranten also von der Mine profitierten, mußten die lokalen Einwohner unter den ökologischen Zerstörungen leiden.

### **Bevölkerungswachstum und Urbanisierung**

Der Betrieb der Panguna-Mine hat die gesellschaftlichen Verhältnisse auf Bougainville in wesentlichen Aspekten grundlegend umgewälzt; in der Folge verschärften sich auch die sozialen Gegensätze auf der Insel<sup>26</sup>.

So führte der Minenbetrieb zu einem raschen Bevölkerungswachstum (Bougainville hatte im Jahre 1939 39000 Einwohner, 1970 waren es 80000 und 1980 129000, mittlerweile wird die Zahl von 160000 Bewohnern genannt). Die jährliche Bevölkerungswachstumsrate lag bei mehr als 3%. Damit einher ging eine rapide Urbanisierung. Vor Inbetriebnahme der Mine gehörte der Urbanisierungsgrad auf Bougainville zu den niedrigsten in PNG überhaupt, lediglich 3% der Bevölkerung lebten in (kleinen) Städten. Die Mine schuf zwei völlig neue Städte mit 15000 bzw. 3500 Bewohnern: Arawa und Panguna. Die große Mehrheit der Stadtbewohner waren junge zugewanderte Minenarbeiter; der Anteil indigener Einwohner an der Stadtbevölkerung dagegen blieb niedrig (weniger als ein Drittel). Die Städte auf der Insel waren mithin geprägt von jungen in-

<sup>24</sup> Ebd., S. 11.

<sup>25</sup> Vgl. zu den Nasioi Ogan, Eugene: Perspectives on a Crisis (5), in: Polomka, a.a.O., S. 35-39, besonders S. 35.

<sup>26</sup> Vgl. zum folgenden Connell, a.a.O., S. 48f.

selfremden männlichen Zuwanderern. Von einer ausgeglichenen Geschlechts- und Altersstruktur dieser Siedlungen konnte keine Rede sein.

Im Gefolge von Zuwanderung und Urbanisierung kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität: Vergewaltigungen, Raubüberfälle, Vandalismus, Prostitution, Alkoholmißbrauch und Verkehrsunfälle wurden von den Einheimischen auf die Einrichtung der Mine und die darauf folgende Zuwanderung junger lediger Männer von außerhalb zurückgeführt<sup>27</sup>. Auch eine deutliche Zunahme des Cargo-Kults war in den letzten Jahren auf der Insel zu bemerken; Anhänger des Kults sollen mehrere Ritualmorde begangen haben<sup>28</sup>.

### **Gefährdung der traditionellen Lebensweise**

Das soziale Leben der Einheimischen änderte sich drastisch. Zwar wurden einige Veränderungen als positiv wahrgenommen (Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens, Straßenbau und damit verbundener besserer Marktzugang und größere Mobilität), doch die negativen Auswirkungen des Minenbetriebs wurden als weitgehend gravierender angesehen: Verlust des landwirtschaftlichen Landes, Zerstörung von Wald und Vergiftung von Flüssen, Zuwanderung fremder Arbeitskräfte, Urbanisierung und die damit verbundenen Folgen. Generell läßt sich sagen, daß die gesamte traditionelle Lebensweise der indigenen Bevölkerung Bougainvilles durch den Minenbetrieb und seine Folgen unter immensen sozialen Druck geriet.

Die indigene Bevölkerung nahm die Vor- und Nachteile des Minenbetriebs als höchst ungleich und ungerecht verteilt wahr. Sie war überzeugt, zum Vorteile Anderer - der Minengesellschaft und der Zentralregierung - ausgebeutet und ungerecht behandelt zu werden<sup>29</sup>. Zu dieser Sicht trug nicht zuletzt bei, daß die Kompensationen, die den Clans für die Überlassung von Land und als Entschädigung für die ökologischen Zerstörungen gezahlt wurden, als völlig unangemessen wahrgenommen wurden. Die Frage der Kompensationen, die von Anfang an strittig war, war in den 80er Jahren Gegenstand sich stetig zuspitzenden Streits zwischen den Clans einerseits und BCL und der Zentralregierung andererseits. Da die Zentralregierung sich auf die Seite der Minengesellschaft stellte, entfremdeten sich die Inselbewohner zusehends "ihrer" Regierung, die offensichtlich nicht gewillt war, die Interessen ihrer Bürger auf der Insel zu vertreten.

Nach einer langen Phase enttäuschender Verhandlungen forderte schließlich im Jahre 1988 die Vertretung der landbesitzenden Clans (die Panguna Landowners Association - PLA) von der BCL 50% aller seit Inbetriebnahme der Mine erzielten Einkünfte und zusätzliche 10 Mrd. Kina ( ungefähr 12 Mrd. australische Dollar) als Entschädigung für

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 51.

<sup>28</sup> S. Ogan, a.a.O., S. 38.

<sup>29</sup> Vgl. Lawson, a.a.O., S. 14.

die ökologischen Zerstörungen. Nach Ablehnung dieser Forderung seitens der Miningesellschaft begannen die Einheimischen im November 1988 mit Sabotageaktionen gegen die Mine<sup>30</sup>.

Damit wurde früherer militanter Widerstand gegen die Mine wiederbelebt und verschärft. Denn bereits von Anfang an waren viele Einwohner gegen die Mine gewesen<sup>31</sup>. Schon der Ankunft der Explorationsteams und Bautrupps der CRA in den 60er Jahren war seitens der Bevölkerung feindselig begegnet worden, wobei der Widerstand bei den unmittelbar im Minengebiet lebenden Clans am heftigsten war und bereits seinerzeit gewaltsame Züge aufwies, so daß das Miningpersonal nur unter Polizeischutz arbeiten konnte. Damals ging die Polizei auch gewalttätig gegen protestierende Frauen vor, die mit Sitzblockaden den Bulldozern den Weg zur Mine versperrten. Es gab mithin bereits eine längerwährende Widerstandstradition, an die die Sabotageaktionen des Herbstes 1988 anknüpften. Sie erwiesen sich allerdings bald als von neuer Qualität, ging aus ihnen doch die Bougainville Revolutionary Army (BRA) hervor, die einen Guerillakrieg gegen die Zentralregierung aufnahm.

Auch wenn eine solche Eskalation des Konflikts bisher im Rahmen des Staatsverbands von PNG nur auf Bougainville zu verzeichnen ist, so ist doch zu konstatieren, daß auch in anderen Teilen PNG's, in denen Tagebau auf großer Stufenleiter betrieben wird und ebenfalls erhebliche ökologische Zerstörungen verursacht - insbesondere im Ok Tedi - Gebiet in der Westprovinz PNG's -, vergleichbare soziale und wirtschaftliche Probleme entstanden sind und ebenfalls zusehends zu Unruhen unter der betroffenen lokalen Bevölkerung führen<sup>32</sup>.

#### **4. Der ökologische Konflikt auf Bougainville**

Induziert von den ökologischen Zerstörungen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen ist es zu einer tiefgehenden gesellschaftlichen Krise auf Bougainville und im Gefolge zu einem Krieg zwischen der Zentralregierung PNG's und der Bougainville Revolutionary Army (BRA) - einer sich aus der einheimischen Bevölkerung rekrutierenden Guerillabewegung - gekommen (seit Frühjahr 1989).

##### **Konfliktursachen**

Unmittelbare Ursache des Konflikts waren die ökologischen Zerstörungen von Land, Wald, Flüssen und Küstengewässern aufgrund des von der BCL auf der Insel durchgeführten Kupfer-Tagebaus. In einer Erklärung der BRA heißt es:

<sup>30</sup> Vgl. Connell, a.a.O., S.44.

<sup>31</sup> Vgl. zum folgenden ebd., S. 46f.

<sup>32</sup> Vgl. Fairbairn et.al., a.a.O., S. 35.

"Our land is being polluted, our water is being polluted, the air we breath(e) is being polluted with dangerous chemicals that are slowly killing us and destroying our land for future generations. Better that we die fighting than to be slowly poisoned"<sup>33</sup>.

Einer der Führer der BRA, Francis Ona, rechtfertigt den Widerstand seiner Organisation mit den Argumenten

"that our human race is under a big threat with the existence of BCL through this major factors: (1) The use of dangerous chemicals in its production line. (2) The environmental damage caused by the Panguna mine and (the impact) that nine Prospecting Authorities would bring about when mining continued ahead. (3) A fifth of our total area of Bougainville is already damaged. No creature will ever exist on it again. Another four-fifths when covered will completely restrict our people from subsistence farming which in return will mean the life of (the) entire province"<sup>34</sup>.

Erste und hauptsächlichliche Forderung der BRA war folglich: Schließung der Panguna-Mine.

Die Wahrnehmung seitens der Inselbewohner, wirtschaftlich ausgebeutet und entwicklungspolitisch vernachlässigt zu werden, war ein weiterer wesentlicher Grund für die Entstehung des Konflikts. Insbesondere die extrem ungleiche Verteilung ökologischer Kosten auf der einen und wirtschaftlicher Gewinne auf der anderen Seite trug zur Konflikteskalation bei. Wirtschaftliche Gewinner des Kupferabbaus waren die BCL und die Zentralregierung PNG's, ökologische Verlierer die Einwohner der Insel. Eine weitere Forderung der BRA war daher: Zahlung von 10 Mrd. Kina als Kompensation für die ökologischen Zerstörungen.

Sozio-ethnische Unterschiede wirkten konfliktverschärfend. Die indigenen Bewohner Bougainvilles wehrten sich gegen den Zustrom fremder Arbeitskräfte von außen und die damit verbundene soziale Unruhe. Francis Ona: "Social unrest is continuing to increase with the presence of outside influence"<sup>35</sup>. Der Widerstand der BRA richtete sich auch gegen die "red-skins" von der Hauptinsel und bei der Panguna-Mine beschäftigte Ausländer.

### Sezessionismus

Im Verlauf des Konflikts wurden recht bald sezessionistische Tendenzen, die es auf Bougainville bereits früher gegeben hatte, reaktiviert. Bereits in den 60er Jahren hatte es auf der Insel Unabhängigkeitsbestrebungen gegeben; von den politischen Führern auf Bougainville war von der damaligen australischen Verwaltung die Abhaltung eines Re-

33 Zitiert nach: Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, a.a.O., S. 95.

34 Zitiert nach: Letter to Bart Kigina, Justice and Peace Committee, Kieta, North Solomons Province (29 April 1989), in: Polomka, a.a.O., S.10-12, hier: S.11.

35 Ebd., S.11.

ferendums gefordert worden, in dem die Bevölkerung über folgende Alternativen abstimmen sollte: a) Unabhängigkeit Bougainvilles als eigenständiger Staat; b) Vereinigung Bougainvilles mit den - senerzeit noch britischen - Salomonen; c) Verbleib bei PNG. Die australische Administration lehnte die Abhaltung eines solchen Referendums ab, und ein selbstorganisiertes informelles Referendum, das eine deutliche Unterstützung der Unabhängigkeits-Option ergab, wurde selbstverständlich nicht anerkannt. Im Prozeß des Übergangs PNG's von australischer Verwaltung zur Unabhängigkeit in den Jahren 1972 bis 1975 verhandelten Vertreter Bougainvilles mit der Administration Australiens und später PNG's über Autonomieregelungen für die Insel. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen erklärten sie am 1. September 1975 (zwei Wochen vor der Unabhängigkeit des neuen Staates Papua-Neuguinea) einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Nord-Salomonen", und erst nach neuerlichen sechsmonatigen Verhandlungen - die zeitweise auch von militärischen Aktivitäten beider Seiten begleitet wurden - und Zugeständnissen der Zentralregierung, die der Provinz weitergehende Eigenständigkeit einräumte<sup>36</sup>, waren die damaligen politischen Führer auf der Insel bereit, Bougainville schließlich doch in den Staatsverband von PNG einzubringen<sup>37</sup>.

Gleichwohl gab es auch späterhin gewisse secessionistische Strömungen auf der Insel, und mit Eskalation des Konflikts um die Panguna-Mine wurde die Forderung nach Sezession wieder sehr populär. Die BRA übernahm diese Forderung. Am 17. Mai 1990 rief die Führung der Aufständischen einseitig die unabhängige "Republik Bougainville" aus<sup>38</sup>.

Wesentlicher Grund für die Sezession war die Unzufriedenheit mit der Zentralregierung, die die aus der Panguna-Mine erzielten Gewinne von der Insel abzog und die Einheimischen mit den durch den Minenbetrieb verursachten ökologischen Zer-

36 Dazu Lawson: "In subsequent negotiations, the Bougainvilleans were persuaded to drop their secessionist stance. The price for this was an especially favourable financial formula for Bougainville, and the adoption of the Organic Law on Provincial Government which provided for 19 provinces, including North Solomons. This law has been described as 'almost a treaty' between the secessionist leaders and the national government" (Lawson, a.a.O., S. 13). Erst die Drohung mit der Sezession führte dazu, daß die Zentralregierung für den neuen Staat die Einrichtung von Provinzen mit eigenen Provinzregierungen überhaupt zugestand, vgl. zu dieser damals heiß umstrittenen Frage Premdas, Ralph R.: Decentralisation, Development and Secession: The Case of Papua New Guinea, in: ders./ S.W.R. de Samarasinghe/ Alan B. Anderson: Secessionist Movements in Comparative Perspective. London 1990, S. 141-152, besonders S. 147. Zu den Bestimmungen des Organic Law s. im einzelnen ebd., S.148.

37 Zu dieser ersten Phase intensiver secessionistischer Bestrebungen auf Bougainville und zur - kurzlebigen - "Republik Nord-Salomonen" s. - aus der Sicht eines seinerzeit auf seiten Bougainvilles Beteiligten - Havini, Moses: Perspectives on a Crisis (3), in: Polomka, a.a.O., S. 17-27. Vgl. ferner Wallenstein, Peter: Third Parties in Conflict Resolution, in: Lindgren, Karin: States in Armed Conflict 1989. Uppsala 1991, S.28-42, hier: S. 35f. sowie Premdas, a.a.O., S. 147f. - In der unmittelbaren Vor-Phase der Unabhängigkeit PNG's in der ersten Hälfte der 70er Jahre gab es nicht nur auf Bougainville separatistische Bewegungen, sondern auch in Papua, auf der Gazellen-Halbinsel und den Trobriand-Inseln, weil "each area sought to gain maximum advantage in the political restructuring entailed by the construction of the new state of Papua New Guinea" (Lawson, a.a.O., S.13).

38 S. die Declaration of Independence Republic of Bougainville, in: Polomka, a.a.O., S. 107f.

störungen und sozialen Problemen allein ließ. Francis Ona führte Klage darüber, daß die Zentralregierung PNG's

"will sacrifice our lives for the sake of PNG economy...Members of the PNG government are blind to our people and their livelihood...The Government of PNG is not run to safeguard our lives but rather to safeguard the few rich leaders and white men"<sup>39</sup>.

Der Zentralregierung wurde vorgeworfen, eine Marionette der Bergwerksgesellschaft BCL zu sein, die faktisch Bougainville regiere und beherrsche; und die Gesellschaft wurde angeklagt, auf Bougainville ein Apartheid-System eingeführt und die Insel so zu einem "zweiten Südafrika" (Francis Ona) gemacht zu haben. Die Abspaltung von PNG erschien der Führung der BRA als einzige Lösungsmöglichkeit für die ökologischen und sozialen Probleme Bougainvilles, nachdem BCL und die Zentralregierung sich als nicht willens erwiesen hatten, auf die Forderungen der Inselbewohner einzugehen. Die Sezession war und ist mithin hauptsächlich motiviert durch die ungleiche und ungerechte Verteilung wirtschaftlicher und sozialer Vorteile und ökologischer und sozialer Nachteile des Kupferbergbaus auf Bougainville.

Die ökologischen Zerstörungen waren die wesentliche Quelle für den Konflikt. Ethnische Differenzen und separatistische Tendenzen gab es auf der Insel zwar auch schon vorher, aber erst die umfassende ökologische Degradation (bei ausbleibender Kompensation) hat zu jener schweren Krise geführt, die dann gewaltförmig eskalierte. Erst im Verlauf der Konflikteskalation wurden die sezessionistischen Bestrebungen wichtiger, und schließlich nahm der Konflikt die Gestalt eines Unabhängigkeitskrieges an<sup>40</sup>.

In anderen Landesteilen PNG's, in denen großflächiger Tagebau erhebliche ökologische Zerstörungen verursacht, entwickeln sich ähnliche Konflikte wie auf Bougainville. Auch dort hat die indigene Bevölkerung mit Protesten gegen die ökologischen Zerstörungen begonnen. Wie in Bougainville fordern die Betroffenen gerechte Kompensationen, umfassende Umweltschutzmaßnahmen usw. Gelegentlich ist es auch bereits zu militantem Widerstand gegen den Minenbetrieb gekommen: Straßen wurden blockiert, Lastwagen ausgeraubt, Strommasten gesprengt. Auch in anderen Minengebieten kann es also zu größeren gewaltsamen Konflikten kommen. In der Tat mußte die Mt. Kare Goldmine ihren Betrieb bereits nach einem von einer schwerbewaffneten Gruppe durchgeführten nächtlichen Überfall und Brandanschlag im Januar 1992 einstellen<sup>41</sup>. Und auch die Ok Tedi - Mine wurde wegen des militanten Widerstands der lokalen Bevölkerung im Juni 1992 (zeitweise) stillgelegt. Das Beispiel der Aufständischen auf Bougainville scheint also Schule zu machen.

39 Francis Ona, To Members of the Panguna Landowners' Association, in: Polomka, a.a.O., S. 7-10, hier: S. 7f.

40 Zur ethno-nationalistischen Dimension des Konflikts vgl. Lawson, a.a.O., S.2 und S.14 sowie S.19f..

41 Far Eastern Economic Review, 27.2.1992 (Peaks and valleys. Papua New Guinea's mines face diverse fortunes).

### Ziele der Konfliktparteien

Die Führung der BRA allerdings rückt augenscheinlich von ihrer rigiden Haltung in bezug auf den Kupferabbau auf Bougainville ab. War sie ursprünglich angetreten mit dem Ziel, die Panguna-Mine für immer zu schließen, um so der ökologischen Degradation Einhalt zu gebieten, ist ins Zentrum ihrer Bestrebungen mittlerweile die Unabhängigkeit der "Republik Bougainville" getreten. Für deren wirtschaftliche Lebensfähigkeit kann der Kupferabbau allerdings notwendig sein, und so scheint es bei den Aufständischen Überlegungen zu geben, diesen in einem unabhängigen Bougainville wieder aufzunehmen. Doch soll keinesfalls BCL wieder zugelassen werden, und die Bedingungen sollen klar zugunsten der Einheimischen verändert werden: höhere Kompensationszahlungen, größere Rücksicht auf Umweltbelange, Verbleib des größten Teils der Einnahmen auf der Insel<sup>42</sup>.

Die Zentralregierung PNG's und BCL wollen die Panguna-Mine wieder in Betrieb nehmen; sie sind ggf. zu Neuverhandlungen der Kompensationsfrage bereit, doch ihre ökonomischen Interessen haben nach wie vor Vorrang vor ökologischen Bedenken. Die Zentralregierung hat überdies das Interesse, die BRA und damit den Sezessionismus auf Bougainville zu zerschlagen, weil Separatismus dieser Art für den Nationalstaat PNG (in dem mehr als 700 verschiedene Sprachgruppen leben und in dem es auch in anderen Landesteilen ernstzunehmende sezessionistische Bewegungen gab bzw. gibt) existenzbedrohend ist<sup>43</sup>: "Papua New Guinea has also experienced a proliferation of 'micronationalist' movements which, although only weakly related to ethnicity in objectives, nonetheless share a 'common tendency towards disengagement or withdrawal ...from the larger, national community'. Given these factors, the state of Papua New Guinea has good grounds for concern about fragmentation via the 'demonstration effect', for if there is one thing that a powerful separatist or secessionist movement does demonstrate, it is the vulnerability of the state's central government."<sup>44</sup>.

Die Zentralregierung muß sich allerdings den Vorwurf machen lassen, die Belange der Bewohner Bougainvilles weitgehend ignoriert und damit den sezessionistischen Bestrebungen Vorschub geleistet zu haben. Zwar kann nicht von absichtlicher "böswilliger" Zerstörung der Umwelt auf Bougainville gesprochen werden - Tagebau auf großer Stufenleiter zieht die Umwelt stets in Mitleidenschaft. Da aber die Minengesellschaft von außerhalb kommt, hat sie kein Interesse an einem möglichst schonenden Umgang mit

42 Vgl. Lawson, S.17 und S.20 sowie King, a.a.O., S.55. King geht sogar soweit zu behaupten: "While the BRA rebels have closed the Bougainville mine indefinitely they are not in fact born-again Greens...and they show keen interest in reopening the mine on suitable terms - without Bougainville Copper Ltd and Conzinc Riotinto of Australia...if at all possible. Indeed they are now apparently supporting deals with some rather dubious persons and companies in Australia..." (S.55).

43 Dieser mögliche "Domino-Effekt" einer erfolgreichen Sezession auf Bougainville steht im Mittelpunkt der sezessions-kritischen Argumentation bei Lawson, s. insbesondere S.17ff.

44 Ebd., S.2.



der Natur, ihr Interesse ist ausschließlich wirtschaftlicher Art. Und die Zentralregierung hat der Minengesellschaft augenscheinlich weitgehend freie Hand gelassen. Obgleich Bougainville Teil des Territoriums von PNG ist, hatte die Regierung in Port Moresby offensichtlich kein großes Interesse an ökologischer Schonung der Insel, handelt es sich doch um einen weit abgelegenen und isolierten Teil des papuanischen Territoriums, weit entfernt von der Hauptinsel; die Regierung war offensichtlich bereit, diese Insel im Interesse der Entwicklung des Gesamtstaats (oder jener Gruppen, die für sich reklamieren, dieses Interesse zu vertreten) zu opfern - und dies umso eher, als der isolierte Status der Insel es erlaubte, die ökologischen Zerstörungen auf das Inselgebiet zu beschränken. So ist folgende Kritik nur zu berechtigt:

"Nevertheless CRA and, even more, the Australian colonial government and the independent government of Papua New Guinea have a lot to answer in failing to protect the economic and ecological well-being of the Bougainville people. An open-cut copper mine is bad enough; but one without effective local influence is intolerable when it operates largely in the interest of outsiders ("redskins" in black Bougainville parlance), and relies in the end on military and police violence against local people"<sup>45</sup>.

### Konfliktperzeption

Leidtragende der ökologischen Degradation waren die Clans auf Bougainville. Zwar waren auch die Beschäftigten der Mine von den ökologischen Zerstörungen betroffen, aber nur in unvergleichlich geringerem Maße, da sie ja größtenteils von außerhalb kamen und nur zeitweilig auf der Insel lebten und arbeiteten und sie wieder verließen, wenn ihre Tätigkeit beendet war.

Die indigene Bevölkerung der Insel perzipierte das Problem als sehr schwerwiegend und sehr dringlich. Der Landverlust und die negativen Auswirkungen des Minenbetriebs wurden zu den wichtigsten Problemen im alltäglichen Leben. Da zu befürchten war, daß der Minenbetrieb noch erheblich ausgeweitet werden würde, ging unter der Bevölkerung die Angst um, daß die gesamte Insel zerstört werden würde. Daher war die ökologische Dimension ursprünglich für die landbesitzenden Clans und die BRA von allergrößter Bedeutung im Konflikt.

Anfangs wurde der Konflikt von der BRA als Konflikt um ökologische Fragen perzipiert, der auch andere Probleme mit berührte, insbesondere ethnische Differenzen zwischen indigenen Bewohnern und Zugewanderten von der Hauptinsel sowie soziale Probleme, die aus der Anwesenheit der Minengesellschaft auf der Insel resultierten. Im Verlauf des Konfliktaustrags wandelte sich die Perzeption, der Konflikt wurde zusehends wahrgenommen, interpretiert und ausgetragen als Konflikt um Unabhängigkeit zwischen Bougainville und der Zentralregierung PNG's.

---

<sup>45</sup> King, a.a.O., S.55.

BCL und die Zentralregierung geben zwar zu, daß der Konflikt eine gewisse ökologische Dimension hat, aber sie stellen als Hauptursachen die Gier der Landbesitzer auf Bougainville und die entwicklungspolitische Ignoranz der Inselbewohner dar, die die Bedeutung der Panguna-Mine für die Entwicklung des Gesamtstaats PNG nicht verstanden hätten. In ihren Augen sind die Führer der BRA kriminelle Elemente, die die Gesetze PNG's verletzen und daher vor Gericht gestellt werden müssen (diese grundsätzliche Position hinderte die Zentralregierung allerdings nicht daran, von Zeit zu Zeit auch Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Führung der Sezessionsbewegung zu bekunden).

### Das Kräfteverhältnis

Das Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktparteien ist höchst ungleich. Die Zentralregierung hat die gesamte wirtschaftliche und militärische Macht des Nationalstaats PNG hinter sich. Die BRA ist als Guerillabewegung auf die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung angewiesen, Hilfe von außen - von Nachbarstaaten o.a. - erhält sie nicht.

Die Zentralregierung hat Streitkräfte von 3000 Mann zur Verfügung ( bis 1995 soll die Zahl auf 5200 erhöht werden). Australien leistet gemäß eines Verteidigungskooperationsabkommens Militärhilfe, die seit Beginn des Krieges auf Bougainville verstärkt wurde, um die Regierungstruppen zur erfolgreichen Bekämpfung der Guerilla zu befähigen<sup>46</sup>. Insbesondere stattete Australien die Truppen PNG's mit vier Iroquoi-Hubschraubern aus, die für die Bekämpfung von Guerillas besonders geeignet sind<sup>47</sup>. Im Haushaltsjahr 1990/91 stieg die australische Militärhilfe an PNG auf 79 Millionen australische Dollar an. Im September 1991 wurde ein neues Verteidigungsabkommen zwischen Australien und PNG unterzeichnet, das zusätzliche australische Hilfe für die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung in PNG vorsieht<sup>48</sup>. Militärberater, Waffen und militärisches Gerät werden seither in wachsendem Maße von Australien zur Verfügung gestellt. Zusätzlich geht ein großer Teil der australischen Entwicklungshilfe in die Unterstützung der papuanischen Polizei. Direkt hat Australien bisher nicht in den Konflikt interveniert, sich eine solche Intervention aber für den Fall vorbehalten, daß sie für den Schutz von Eigentum und Leben australischer Staatsbürger unbedingt notwendig sein sollte<sup>49</sup> (bis 1989 lebten rund 2000 Australier auf Bougainville, die meisten von ihnen verließen die Insel bis zum Februar 1990<sup>50</sup>).

46 Zur Position Australiens im Konflikt s. Smith, Ric: Bougainville and National Unity, in: Polomka, a.a.O., S.69-73.

47 Vgl. ebd., S. 71 sowie Standish, Bill: Bougainville: Undermining the State in Papua New Guinea, Part I, in: Pacific Research, Vol. 2, 1989, No.4, S.3-5 und S. 10, hier: S.5, sowie Part II in: ebd., Vol. 3, 1990, No. 1, S. 8-10, hier: S.9.

48 Archiv der Gegenwart, 3.12.1991, S. 36271.

49 Smith, a.a.O., S. 70.

50 Standish, Part II, a.a.O., S.9.

Im Krieg nimmt Australien allerdings - wie die Militärhilfe zeigt - massiv für die Zentralregierung PNG's Partei. Die australische Regierung, die sich zwar immer wieder einmal "besorgt" über Menschenrechtsverletzungen seitens der papuanischen Truppen auf Bougainville äußerte<sup>51</sup>, hat entschieden ihre Unterstützung des militärischen Kurses der Zentralregierung gegen die BRA erklärt. Ihr Hauptargument ist, daß der Sezessionismus Bougainville's Schule machen und damit die Existenz des Staates PNG in den Grundfesten erschüttern könnte. Australien aber ist an der Einheit und Stabilität des Nationalstaats PNG stark interessiert<sup>52</sup>. Und auch andere Nachbarstaaten aus der Region sind besorgt über separatistische Bestrebungen in PNG, weil sie deren Überspringen auf ihre Gebiete befürchten.

Auch die USA unterstützen PNG militärisch. Mitglieder der U.S. Special Forces bilden Spezialisten der papuanischen Armee aus. Ein im März 1990 unterzeichnetes "Memorandum of Understanding" über Verteidigungszusammenarbeit zwischen den USA und PNG gestattet der US-Luftwaffe Tiefflugübungen über papuanischem Gebiet und der US-Marine Erkundungsflüge von Aufklärungsflugzeugen sowie Hafenbesuche und Seemanöver in papuanischen Gewässern<sup>53</sup>. - Mit Malaysia wurde 1990 ebenfalls ein "Memorandum of Understanding" über Verteidigungskooperation abgeschlossen<sup>54</sup>.

Die BRA ist eine Guerillastreitmacht von etwa 1000 Kämpfern (ursprünglich sollen es 50 bis 200 Mann gewesen sein). Anfangs waren diese nur schlecht bewaffnet (Pfeil und Bogen, selbstgebaute Flinten), doch gelang es ihnen, sich durch Überfälle auf die Mine (Erbeutung von Sprengstoff) und auf Einheiten der Regierungstruppen stetig besser auszurüsten.

### **Kriegsverlauf und -folgen**

Die militanten Auseinandersetzungen auf Bougainville begannen im November 1988 mit Sabotageaktionen gegen die Mine, die dazu führten, daß diese im Mai 1989 ihren Betrieb einstellen mußte (im September 1989 wurde noch einmal ein Versuch gemacht, den Minenbetrieb wieder aufzunehmen, doch nach neuerlichen Attacken der BRA mußte die Mine sehr bald wieder geschlossen werden, seither liegt sie still)<sup>55</sup>.

Im März 1989 schickte die Zentralregierung Truppen in Stärke von einigen Hundert Mann zur Unterstützung der lokalen Polizeikräfte auf die Insel, die militanten Auseinandersetzungen eskalierten zum Krieg. Am 26. Juni 1989 wurde über Bougainville der Ausnahmezustand verhängt. Nachdem ein britischer BCL-Angestellter von Guerilla-Kämpfern erschossen worden war, zog die Minengesellschaft im Januar 1990 alle ihre

51 Smith, a.a.O., S. 71.

52 Standish, Part II, a.a.O., S.9.

53 Asia Yearbook 1991, S. 194.

54 Ebd., S. 195.

55 Standish, Part I, a.a.O., S. 10.

nicht von der Insel stammenden Angestellten aus Bougainville ab. Ebenfalls im Januar 1990 startete die Zentralregierung die "Operation Footloose", eine umfassende militärische Kampagne gegen die Guerilla mit dem Ziel der Zerschlagung der BRA und der Wiedereröffnung der Mine. Diese von 2000 Soldaten durchgeführte Operation erwies sich als völliger Fehlschlag, die BRA behielt im Dschungelkrieg die Oberhand. Nach einem Waffenstillstand (s.u.) mußten sich Regierungstruppen und Polizeikräfte am 16. März 1990 von der Insel zurückziehen, die BRA übernahm auf Bougainville die Macht. (In der Folge des demütigenden Rückzugs der Ordnungskräfte von Bougainville kam es zu einem vom Oberbefehlshaber der Polizei angeführten - chaotischen und gescheiterten - Putschversuch in der Hauptstadt PNG's Port Moresby<sup>56</sup>).

Erst im Mai 1992 gelang es Regierungstruppen wieder, einen Brückenkopf auf der Insel zu bilden. Seither konnten sie die Kontrolle über Teile der Insel - insbesondere die Inselhauptstadt Arawa - zurückgewinnen. Mittlerweile stehen wieder rund tausend Mann der Regierungstruppen auf Bougainville. Die Kämpfe haben sich seit Herbst 1992 intensiviert<sup>57</sup>, und zusehends werden in die militärischen Operationen auch die benachbarten Salomonen einbezogen. In jüngster Zeit hat es zusehends Spannungen zwischen der Regierung der Salomonen und PNG gegeben, weil Truppen PNG's offensichtlich bei der Bekämpfung der BRA die nationale Souveränität der Salomonen verletzt haben. Mehrfach sind Einheiten der Armee PNG's auf salomonisches Territorium vorgedrungen. Im September 1992 mußte sich der Premierminister PNG's offiziell bei der Regierung der Salomonen für Grenzverletzungen seitens seiner Streitkräfte entschuldigen und Entschädigungszahlungen zusagen<sup>58</sup>. Gleichwohl haben auch danach papuanische Truppen noch mehrfach die Grenze zu den Salomonen überschritten, so zuletzt im April 1993<sup>59</sup>. Mittlerweile wirft die Regierung PNG's den Salomonen vor, die Aufständischen auf Bougainville mit Waffenlieferungen zu unterstützen. ( In der Tat scheinen Bevölkerungsgruppen auf den Salomonen aufgrund verwandtschaftlicher Bindungen den Bewohnern Bougainvilles zu helfen, ob sich dies allerdings auch auf Waffenlieferungen bezieht und vor allem ob das mit dem Segen der Regierung der Salomonen geschieht, ist zweifelhaft: Immerhin hatte auch die Regierung der Salomonen Ende der 70er Jahre mit einer Sezessionsbewegung in ihrer Westprovinz in unmittelbarer Nachbarschaft Bougainville's zu kämpfen<sup>60</sup>).

Während der Kämpfe sollen die Regierungstruppen Menschenrechte massiv verletzt und brutale Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen haben<sup>61</sup>. Mehr als 40 Dörfer

56 S. King, a.a.O., S.53.

57 S. Neue Zürcher Zeitung, 24./25.10.1992, S.7 (Aufflammen der Kämpfe auf Bougainville).

58 S. Pacific Research, Vol. 5, 1992, No. 4, S.20 (Regional Update).

59 S. Neue Zürcher Zeitung, 14.4.1993, S.7 (Erhöhte Spannungen in Bougainville).

60 Standish, Part II, a.a.O., S. 10.

61 Vgl. Standish, Part I, a.a.O., S. 5, King, a.a.O., S. 54 sowie Connell, John: Perspectives on a Crisis (4), in: Polomka, a.a.O., S. 28-34, hier: S. 32..

wurden zerstört, Häuser niedergebrannt, Frauen und Mädchen vergewaltigt, Kinder, Jugendliche und auch Kirchenvertreter gefoltert. "The government's security forces in their frustration allegedly became increasingly random in arresting, bashing and even killing Bougainvilleans - whose sole 'offence' appeared to have been their pitch black skin which distinguishes them from mainlanders"<sup>62</sup>. Tausende von Inselbewohnern mußten ihre Heimstätten verlassen und flohen in den Dschungel. Ein Bericht von Amnesty International vom November 1990 spricht von mindestens 19 Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung und mehr als 50 Fällen von Folter<sup>63</sup>. Im Oktober 1992 sah sich der Außenminister PNG's genötigt, sich vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen für Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen, die bei der Bekämpfung der secessionistischen Rebellion auf Bougainville vorgekommen seien, und zu geloben, künftig die Menschenrechte auf der Insel zu gewährleisten<sup>64</sup>. Australische Anwälte, die die Insel auch noch nach Verhängung der Blockade (s.u.) illegal besucht haben, berichten allerdings auch für die jüngste Vergangenheit von fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen seitens der Streitkräfte der Zentralregierung; es scheint, daß die Regierung in Port Moresby ihre Truppen auf Bougainville nicht mehr unter Kontrolle hat<sup>65</sup>.

Das Verhalten der Regierungstruppen hat offensichtlich wesentlich zur Solidarisierung der Einwohner Bougainvilles mit der BRA beigetragen: "The ethnonationalist cause, however, has been given one of its biggest boosts by the behaviour of some members of the national security forces deployed in the province and the national government's poor handling of the situation. Gross human rights abuses by the security forces, including torture and summary executions have now been well documented"<sup>66</sup>.

Die Kämpfer der BRA sollen jedoch ebenfalls Gegner mißhandelt und gefoltert haben, was sie wiederum erhebliche Sympathien in Teilen der Inselbevölkerung gekostet hat<sup>67</sup>. Mehrere hundert Regierungssoldaten und BRA-Guerillas sind in den Kämpfen gefallen.

Stärker noch als unter den unmittelbaren Kampfhandlungen hat die Bevölkerung Bougainville's unter der totalen Blockade zu leiden, welche die Zentralregierung nach dem Rückzug ihrer Truppen von der Insel im März 1990 über Bougainville verhängte<sup>68</sup>. Diese Blockade ist bis heute in Kraft. Bougainville ist fast vollständig von der Außenwelt abgeschnitten (nur qua Schmuggel scheint es Verbindungen zu den Salomonen zu

62 Standish, Part II, a.a.O., S.8.

63 Frankfurter Rundschau, 27.11.1990 (ai beklagt Mord und Folter) sowie Financial Times, 27.11.1990, S.4 (Papua New Guinea accused of atrocities) und 28.11.1990, S.9 (PNG offers inquiry on 'human rights abuses').

64 S. Pacific Research, Vol. 5, 1992, No.4, S. 20 (Regional Update).

65 So die Neue Zürcher Zeitung, 14.4.1993, S.7 (Erhöhte Spannungen in Bougainville).

66 Lawson, a.a.O., S. 15f.

67 S. ebd., S. 16 sowie International Relations Bulletin, Vol. 1, 1992, No.3, S.3 (Reports on Recent Conferences. The Bougainville Crisis: Towards Resolution).

68 Vgl. Frankfurter Rundschau, 19.9.1991 (Verheerende Blockade) sowie Far Eastern Economic Review, 25.10.1990 (Bougainville blockade)..

geben). Journalisten oder neutrale Beobachter dürfen die Insel nicht betreten. Selbst dem Internationalen Roten Kreuz ist der Zugang zur Insel von der Zentralregierung verwehrt worden. Bereits bis Ende 1991 sollen mehr als 3000 Inselbewohner aufgrund der Blockade gestorben sein, wofür Medikamentenmangel die Hauptursache sein soll. Das Inselkrankenhaus mußte geschlossen werden. Der australische Zweig der IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) ist bemüht, trotz der Blockade der Bevölkerung Bougainvilles medizinische Hilfe zukommen zu lassen. Australische Menschenrechtsorganisationen prangern die Blockade und die Menschenrechtsverletzungen auf Bougainville an und bezichtigen insbesondere die australische Regierung der Mitverantwortung für die sich dramatisch verschlechternden Lebensbedingungen auf der Insel.

Aber nicht nur die Bevölkerung Bougainvilles hat unter dem Krieg zu leiden. Auch für den Staat PNG hatten die Schließung der Mine und der Krieg erhebliche negative wirtschaftliche und soziale Folgen. Mit der Schließung der Mine verloren 2000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz (bis zum Januar 1990 wurden alle Ausländer und Zugewanderten von der Insel evakuiert - s.o.). Der Staat verlor rund 44% seiner Exporterlöse und 16% seiner Jahreseinnahmen<sup>69</sup>. Zu dem Verlust der Kupferexporte kam auch noch der Verlust der Exporte der Kakao-Plantagen; die Hälfte der Kakao-Produktion PNG's stammte von Bougainville, seit Kriegsbeginn fiel auch diese Einnahmequelle vollständig aus.

Aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs war die Regierung gezwungen, ein striktes Austeritätsprogramm durchzusetzen (Abwertung der Landeswährung um 10%, Einschränkung der Staatsausgaben, Lohnsenkungen für die Staatsbediensteten usw.)<sup>70</sup>. Mit diesen Maßnahmen gelang es der Regierung, den IWF und die Weltbank für Unterstützungsmaßnahmen zu gewinnen; ein Treffen der Geberländer in Singapur im Mai 1990 verlief für PNG erfolgreich<sup>71</sup>. Zwischenzeitlich konnten die durch die Schließung der Panguna-Mine bedingten Verluste durch die Steigerung der Produktion der Minen Ok Tedi und Porgera aufgefangen werden. Gleichwohl hat sich die wirtschaftliche Lage PNG's verschlechtert, und in der Folge haben sich die sozialen Konflikte verschärft. Seit 1990 wird das Land von einer Welle von Kriminalität, Korruption und tribalistischer Auseinandersetzungen erschüttert<sup>72</sup>.

### **Versuche zur Konfliktbeilegung**

Die Kämpfe zwischen BRA und Regierungstruppen wurden immer einmal wieder von Versuchen begleitet, den Konflikt politisch einzuhegen oder zu lösen. Gespräche und

<sup>69</sup> Lawson, a.a.O., S. 17, Connell, Panguna Mine Impact, a.a.O., S. 43.

<sup>70</sup> Standish, Part I, a.a.O., S. 3 und Part II, a.a.O., S.8.

<sup>71</sup> Standish, Part II, a.a.O., S. 10.

<sup>72</sup> King, a.a.O., S. 56; Fairbairn et.al., a.a.O., S. 35, Neuhaus, Matthew: Papua New Guinea - Australia Today, in: Polomka, a.a.O., S. 74-77, hier: S. 75..

Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Aufständischen auf Vermittlung Dritter hin scheiterten mehrmals, weil man sich in den zentralen Fragen - Wiedereröffnung der Panguna-Mine und künftiger Status Bougainvilles - nicht einigen konnte.

Ein erster Versuch zur Beilegung des Konflikts wurde im Mai 1989 unternommen. Der damalige Premierminister PNG's Namaliu bot einen Waffenstillstand und Straffreiheit für die Führung der BRA an, und gleichzeitig legte ein Komitee der Provinzregierung der Nordsalomonen unter Leitung John Bikas - eines Mitglieds der Provinzregierung - einen Bericht vor (den sog. Bika-Report), der im wesentlichen folgende Vorschläge zur Konfliktlösung enthielt<sup>73</sup>: Wiedereröffnung der Panguna-Mine durch BCL nach Neuverhandlung der Bedingungen zugunsten der lokalen Bevölkerung und der Provinz und unter Kontrolle der Provinzregierung, Verbleib von 75% der Einkünfte in der Provinz, Übertragung aller politischen Kompetenzen mit Ausnahme der Bereiche Verteidigungs-, Währungs- und Außen(wirtschafts)politik auf die Provinzregierung. Die Zentralregierung ihrerseits machte Angebote für die Neuverhandlung der Kompensationsfrage<sup>74</sup>. Im August 1989 legten die Geistlichen der Diözese Bougainville (90% der Bewohner Bougainvilles sind katholisch) eine umfassende Stellungnahme zum Konflikt vor und riefen zur Versöhnung auf<sup>75</sup>. Im September 1989 schließlich kam es zu Gesprächen zwischen Premierminister Namaliu, dem Premier der Provinzregierung der Nord-Salomonen und Vertretern der PLA bzw. BRA. Der Gesprächsprozess wurde jedoch durch die Ermordung John Bikas am 11. September 1989 abrupt abgebrochen.

Ein neuer Anlauf zur Konfliktregelung wurde einige Monate später unter Vermittlung der Nichtregierungsorganisation International Alert unternommen, in deren Auftrag der schwedische Friedensforscher Peter Wallensteen im Februar und März 1990 mit beiden Seiten - der Zentralregierung und der BRA-Führung - über die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen sprach. Es stellte sich heraus, daß ein Waffenstillstand notwendiger erster Schritt für eine Konfliktregelung war. Die Zentralregierung war zum Waffenstillstand bereit, wenn über den Status der Panguna-Mine und der Provinz gesprochen werden würde; die BRA ihrerseits forderte eine internationale Überwachung des Waffenstillstands durch die Vereinten Nationen<sup>76</sup>. Schließlich einigte man sich darauf, den Waffenstillstand durch ein internationales Überwachungsteam, welches aus Personal des Commonwealth-Sekretariats in London und aus Mitgliedern diplomatischer Vertretungen in Port Moresby und Canberra zusammengesetzt war, überwachen zu lassen. Insbesondere sollte das Team die Prozedur der Einstellung der

73 Vgl. zum folgenden: Extract from the North Solomons Provincial Government Provincial Select Committee Report on the Bougainville Crisis, May 1989, in: Polomka, a.a.O., S. 83-85.

74 Vgl. Standish, Part I, a.a.O., S.5.

75 S. Statement from the Diocesan Priests of Bougainville Diocese, in: Polomka, a.a.O., S.92-98.

76 Vgl. hierzu und zum folgenden Wallensteen, a.a.O., S. 37ff.

Kampfhandlungen und des Rückzugs der Truppen beobachten. Auf Einladung der Zentralregierung wurde dieses Überwachungsteam tatsächlich tätig. Der Waffenstillstand trat am 2. März 1990 in Kraft, und bis zum 16. März hatten sich die Truppen der Zentralregierung von der Insel zurückgezogen (man erinnere sich: diesem Waffenstillstand und Rückzug war der Fehlschlag der "Operation Footloose" vorausgegangen - s.o.). Daraufhin kamen tatsächlich wieder Gespräche zwischen der Zentralregierung und den Aufständischen in Gang, und obgleich die Zentralregierung für künftige Verhandlungen das Angebot größerer Autonomie für die Insel in Aussicht stellte und auch die BRA zunächst eine gewisse Verhandlungsbereitschaft zeigte, kam es doch zu keinem Durchbruch. Als Streitpunkt erwies sich vor allem der künftige Status von Polizei- und anderen Ordnungskräften auf der Insel. Schließlich endete dieser Anlauf zur Konfliktregelung mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der "Republik Bougainville" am 17. Mai 1990 und der darauffolgenden Verhängung der totalen Blockade über die Insel seitens der Zentralregierung (s.o.).

Im August 1990 kam es auf Einladung Neuseelands zu Gesprächen zwischen Vertretern der Zentralregierung und der neuen Provisorischen Regierung der Republik Bougainville an Bord des neuseeländischen Kriegsschiffes Endeavour. Ergebnis war ein am 9. August 1990 erzielt vorläufiges Übereinkommen (sog. "Endeavour Accord")<sup>77</sup>, das folgenlos blieb, weil die Streitkräfte der Zentralregierung im September 1990 ihre militärischen Aktivitäten gegen die Aufständischen wieder aufnahmen<sup>78</sup>.

Im Januar 1991 wurde ein neuerlicher Versuch zur Beendigung des Krieges unternommen. Nach zweitägigen Gesprächen zwischen den Kontrahenten in Honiara, Hauptstadt der Salomonen, wurde ein Abkommen geschlossen, die sog. "Honiara Declaration on Peace, Reconciliation and Rehabilitation on Bougainville", die viele Beobachter vornehmlich als den entscheidenden Durchbruch zum Frieden bewerteten<sup>79</sup>. Tatsächlich aber ließ auch die Deklaration von Honiara die wesentlichen Streitfragen, insbesondere die Zukunft der Panguna-Mine und den künftigen politischen Status der Nord-Salomonen-Provinz, offen. Da hierüber in der Folge keine Einigung erzielt werden konnte, ging der Krieg weiter.

Neuerliche Versuche einer Verhandlungslösung scheiterten im Mai 1991 und April 1992.

77 S. Endeavour Accord on Dialogue and Return of Services to Bougainville, in: Polomka, a.a.O., S. 109f.

78 Das Übereinkommen stellte die Rücknahme der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, die Aufhebung der Blockade und die Lösung des umstrittenen Problems der Polizeikräfte sowie Verhandlungen über die zentralen Fragen des Konflikts - Zukunft der Panguna-Mine, künftiger Status Bougainvilles im Staatsverband PNG's - in Aussicht, s. ebd., S. 40.

79 S. Far Eastern Economic Review, 7.2.1991, S.15 (Early test for Peace) sowie Financial Times, 29.1.1991, S.6 (Papua New Guinea peace will bring foreign investors) und Frankfurter Rundschau, 25.1.1991 (Waffenruhe in Papua-Neuguinea).



## Die internationale Dimension des Konflikts

Der Konflikt ist ein interner Konflikt, er hat bisher kaum grenzüberschreitende Auswirkungen. Allerdings gibt es ein gewisses Engagement Dritter auf niedrigerer Stufenleiter (Militärhilfe Australiens, Verwicklung der Salomonen, s.o.). Die Führung der Aufständischen auf Bougainville ist sehr an einer Internationalisierung des Konflikts interessiert. Die Provisorische Regierung der im Mai 1990 proklamierten (aber bisher noch von keinem anderen Staat anerkannten) "Republik Bougainville" appellierte mehrfach an die Vereinten Nationen und an den Commonwealth, sich vermittelnd in den Konflikt einzuschalten, was diese bisher ablehnten. Sie drängen stattdessen auf eine regionale Lösung, doch auch das Südpazifik-Forum - eine 15 Staaten inklusive Australien umfassende Regionalorganisation - hat sich bisher nicht willens gezeigt, sich offiziell mit der Bougainville-Krise zu befassen<sup>80</sup>.

Das Europäische Parlament hingegen hat den Bougainville-Konflikt auf seine Tagesordnung gesetzt. In einer Erklärung der AKP-EG-Versammlung vom Oktober 1992 wird Besorgnis über die anhaltenden Unruhen auf Bougainville geäußert, und die Regierung PNG's und die Provisorische Regierung Bougainvilles werden ersucht, die "Verhandlungen für einen endgültigen Friedensvertrag wiederaufzunehmen"<sup>81</sup>; außerdem wurde beschlossen, eine "fact finding mission" nach Bougainville zu organisieren (was bisher - Stand Frühjahr 1993 - allerdings noch nicht geschehen ist).

Insgesamt findet der Konflikt auf Bougainville allerdings in der Weltöffentlichkeit nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Der Zugang der Aufständischen zur internationalen Öffentlichkeit ist äußerst beschränkt, lediglich in Australien und auf den Salomonen unterhält die BRA Informationsbüros. Um die Nöte und Anliegen der Bewohner Bougainvilles haben sich bisher anscheinend lediglich australische Menschenrechtsgruppen, Amnesty International und Kirchenvertreter intensiver und kontinuierlicher gekümmert. Die Nachbarstaaten sind von der Entwicklung auf Bougainville nicht erbaut, weil sie eine Ausbreitung separatistischer Bestrebungen in der Region und damit eine Gefährdung ihrer eigenen staatlichen Integrität befürchten; sie verhalten sich dementsprechend zurückhaltend gegenüber dem Konflikt. Die Zentralregierung PNG's hingegen hat als Vertretung eines anerkannten Mitglieds der Völkergemeinschaft vielfältige Möglichkeiten der Beeinflussung der internationalen öffentlichen Meinung und der internationalen Politik. Sie hat den Konflikt auf Bougainville zur inneren Angelegenheit PNG's erklärt und sich bisher die Intervention internationaler Organisationen - sei es der Vereinten Nationen, sei es des regionalen Süd-Pazifik-Forums - verboten<sup>82</sup>.

80 S. Neue Zürcher Zeitung 11./12.7. 1992, S.7 (Wachsende Sorgen in den Südpazifikstaaten).

81 Europe, No. 5829 (Neue Serie) 5./6. Oktober 1992, S.11.

82 Die kontroversen Positionen der Regierung PNG's und der Sezessionisten - der Konflikt auf Bougainville als "innere Angelegenheit" PNG's oder als internationales Problem - wurde sehr deutlich auf einer im September 1992 in Australien abgehaltenen Konferenz über den Konflikt, an der sowohl Ver-

Für diese Position hat sie die eindeutige Unterstützung der einflußreichsten Macht in der Region - Australien<sup>83</sup>.

### **5. Ansätze friedlicher Konfliktbearbeitung und -lösung**

Die Beziehungen zwischen den Konfliktparteien sind äußerst gespannt. Die bisherige Geschichte des Konfliktverlaufs hat auf beiden Seiten Mißtrauen und Haß erzeugt. Die Forderungen der indigenen Bevölkerung Bougainvilles waren vor Beginn der Kampfhandlungen immer wieder ignoriert worden, und während des Krieges hatte sie bitter unter Gewalttätigkeiten der Regierungstruppen und unter den Folgen der über die Insel verhängten Blockade zu leiden. Auf der anderen Seite waren auch Vertreter der Regierung Opfer von Grausamkeiten der BRA, und die Zentralregierung beklagt Intransigenz und Sezessionismus der politischen Führung auf Bougainville. Das Vertrauen in den guten Willen der anderen Seite ist auf beiden Seiten nicht vorhanden, keine Seite scheint zu Empathie und Kompromiß bereit. Es gibt keine verlässlichen Kommunikationsstrukturen zwischen den Kontrahenten, Vermittlungsbemühungen und Gespräche haben bisher nur sporadisch stattgefunden.

### **Lösungsansätze auf der Ebene des ökologischen Problems**

Die radikalste Lösung wäre die dauerhafte Schließung der Mine - und dies ist zur Zeit ja tatsächlich der Sachstand. Selbst dann aber wären enorme Anstrengungen vonnöten, um die bereits erfolgten ökologischen Zerstörungen so weit wie möglich wieder zu beheben: Wiederaufforstung, Säuberung der Flüsse usw. Die indigene Bevölkerung der Insel könnte dies aus eigener Kraft allein nicht bewältigen. Hilfe von außen - von der Zentralregierung oder international - wäre unabdingbar. Aber auch dann könnte der ursprüngliche Zustand des Landes nicht vollständig wiederhergestellt werden. Dahingehende Erwartungen der betroffenen Bevölkerung werden sich nicht erfüllen lassen. Daher müßten auch Entschädigungen für die ökologischen Zerstörungen geleistet werden.

Eine andere Möglichkeit bestünde in der Wiederaufnahme des Tagebaus auf deutlich niedrigerer Stufenleiter und unter größerer Rücksichtnahme auf ökologische Belange. In diesem Falle müßten die Vereinbarungen über den Minenbetrieb zugunsten der ortsansässigen Clans und der Provinzregierung der Insel neuverhandelt werden. In solchen Verhandlungen müßten auch die Verantwortlichkeiten für die Behebung der ökologischen Schäden geklärt und Regelungen für entsprechende (internationale) finanzielle und technische Hilfen getroffen werden.

---

treter der Regierung PNG's als auch der Interimsregierung Bougainvilles teilnahmen, vgl. International Relations Bulletin, Vol. 1, 1992, No. 3, S.3f. (Reports on Recent Conferences. The Bougainville Crisis: Towards Resolution).

<sup>83</sup> S. Smith, a.a.O., S. 69.

## Ansätze auf der Ebene der sozialen Auswirkungen

Eine tatsächliche Lösung auf dieser Ebene könnte eigentlich nur in der Wiederherstellung der traditionellen Lebensweise der indigenen Bevölkerung bestehen. Dies ist aber unvereinbar mit der Aufrechterhaltung des Minenbetriebs, weil ebendieser die Grundlagen jener Lebensweise zerstört. Auch "angemessene" Kompensationszahlungen für den Verlust von Land und für ökologische Zerstörungen können die traditionelle Lebensweise nicht erhalten, im Gegenteil: Solche Zahlungen tragen ihrerseits zur Zerstörung dieser Lebensweise bei. Ein Zurück zu den Zuständen vor der Einbeziehung der Insel in den Weltmarkt qua Kupfermine kann es schwerlich geben; die Frage ist, ob und wie man Elemente der traditionellen Lebensweise erhalten und für die indigene Bevölkerung den Übergang in eine neue Zeit "sozialverträglich" gestalten kann. Eine gute Gesundheitsversorgung, ein funktionierendes Erziehungssystem usw. gehören sicher ebenso hierzu wie die Beschränkung des Zuzugs fremder Arbeitskräfte von außen, um zu verhindern, daß die Einheimischen zu Fremden auf ihrer eigenen Insel werden.

Die Autonomie der Provinz Nord-Salomonen müßte gestärkt werden. Vonnöten wäre "some form of quasi-state status for the North Solomons Province"<sup>84</sup>. Das hieße u.a.: Die Möglichkeiten, die Interessen der Provinz gegenüber der Zentralregierung zu vertreten, müßten verbessert werden. Eine umfassende Autonomieregelung könnte alle Kompetenzen hinsichtlich Finanzen, Steuern, Polizei, öffentlichen Diensten usw. bei der Provinz belassen und nurmehr Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik der Zentralregierung überantworten. Das hieße auch, daß der Großteil der auf der Insel erwirtschafteten Erträge auf der Insel verbliebe und nur der kleinere Teil an die Zentrale abgeführt würde.

Die Alternative zu einer Autonomieregelung wäre die vollständige Unabhängigkeit der "Republik Bougainville". Aber auch eine solche unabhängige Republik müßte mit den Nachbarstaaten - insbesondere PNG und den Salomonen - Vereinbarungen über die regionale wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit treffen. Eventuell wäre auch eine (Kon-)Föderationslösung, entweder mit PNG oder den Salomonen, denkbar.

Fragen wie Kompensationszahlungen, Provinz-Autonomie usw. müßten zwischen der Zentralregierung auf der einen und Vertretern der Bevölkerung Bougainvilles auf der anderen Seite ausgehandelt werden (möglichst unter internationaler Vermittlung und Aufsicht), während Fragen der Sezession und Unabhängigkeit in internationalen Zusammenhängen und unter Einbeziehung benachbarter Staaten (Salomonen, Australien, Neuseeland u.a.) verhandelt werden müßten.

---

<sup>84</sup> King, a.a.O., S. 59.

### **Ansätze auf der Ebene des Konflikts**

Für Konfliktmanagement und -lösung scheint angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Konflikteskalation eine Internationalisierung des Problems mittlerweile angebracht. (Es sei daran erinnert, daß auch die bisherigen - gescheiterten - Versuche zur Konfliktregelung nur durch Vermittlungsbemühungen von außen zustande gekommen sind). Unter der Schirmherrschaft des Südpazifik-Forums (oder der Vereinten Nationen) könnte eine internationale Konferenz unter Beteiligung von PNG, Vertretern Bougainvilles und benachbarter Staaten einschließlich Australien und Neuseeland als den wichtigsten regionalen Mächten, einberufen werden.

Wesentliche Verhandlungsgegenstände der Konferenz müßten sein:

- der zukünftige Status Bougainvilles - autonome Provinz im Staatsverband PNG's, unabhängige Republik oder Teil einer neuzubildenden (Kon-) Föderation;
- die Zukunft der Panguna-Mine;
- und schließlich die Behebung der ökologischen Schäden auf Bougainville mit internationaler Hilfe.

Voraussetzung für eine solche Konferenz wären ein Waffenstillstand und die Aufhebung der Blockade der Insel. Als Vermittler, die das Zustandekommen eines Waffenstillstands und die Einleitung von Friedensgesprächen vorbereiten könnten, bieten sich Kirchenvertreter, die anscheinend das Vertrauen beider Seiten genießen, an. Zu überlegen wäre, ob UN-Blauhelme zur Überwachung des Waffenstillstands auf der Insel eingesetzt werden sollten. Die Ergebnisse von etwaigen Friedensverhandlungen sollten jedenfalls von den Vereinten Nationen und/oder dem Südpazifik-Forum garantiert werden.

### **6. Schlußbetrachtung: Bougainville - ein typischer "ökologischer Konflikt"?**

Ebenso wie auf der Insel Bougainville ist auch an vielen anderen Orten in der Dritten Welt Tagebau auf großer Stufenleiter Ursache umfassender ökologischer Zerstörungen mit daraus resultierenden gravierenden negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgererscheinungen für die ansässige Bevölkerung. Hieraus resultierende Konflikte bergen vielfach die Gefahr gewaltsamen Konfliktaustrags oder werden bereits gewaltförmig ausgetragen.

Daß es zu derartigen gewaltsamen Konflikten kommt, ist letztlich auf die spezifische Einbindung der betroffenen Länder in die Weltwirtschaftsordnung zurückzuführen. Sie bedienen die Nachfrage der OECD-Welt nach mineralischen Rohstoffen, die dort für die industrielle Massenproduktion gebraucht werden. Die politischen Führungsschichten der rohstoffreichen Drittweltländer konzentrieren sich - bestärkt von Weltbank und

IWF - auf die Förderung des Rohstoffsektors ihrer Volkswirtschaften (oft um den Preis einer Vernachlässigung der Landwirtschaft). In der Regel betreiben nationale Regierungen und multinationale Konzerne in joint ventures die Ausbeutung der nationalen Rohstoffreserven (wie auch auf Bougainville der Fall). Für viele Länder der Dritten Welt - so auch für PNG - ist der Export von mineralischen Rohstoffen zentrale Devisenquelle. Für das von den nationalen Regierungen verfolgte Modell von "Entwicklung" und "Modernisierung" ist daher deren Abbau von allergrößter volkswirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Im Interesse der "nationalen Entwicklung" sind sie bereit, den Preis der damit verbundenen ökologischen Zerstörungen zu tragen, zumal diese sich regional und lokal auf sog. nationale Opfergebiete ("national sacrifice areas") begrenzen lassen. Und die Minengesellschaften haben i.d.R. kein Interesse an Umweltschutzmaßnahmen, weil diese die Kosten erhöhen und damit die Gewinne verringern würden.

Das Nachsehen haben die Bewohner der "national sacrifice areas", die - wie auf Bougainville - die ökologischen Kosten des Tagebaus zu tragen haben, während die ökonomischen Gewinne andernorts (von den multinationalen Konzernen und der "Staatsklasse" des jeweiligen Drittweltlandes) realisiert werden. Die Regionen und BewohnerInnen der Bergbaugebiete werden peripherisiert bzw. marginalisiert - wenn sie es nicht ohnehin bereits von vornherein sind. Denn es scheint so, daß häufig die großen Tagebaugebiete in unzugänglichen randständigen Regionen der jeweiligen Länder liegen und von ethnischen Minderheiten bzw. indigenen Völkern bewohnt sind. Der Rohstoffabbau in ihren Siedlungsgebieten mit den damit zusammenhängenden Infrastrukturmaßnahmen (Straßen- und Siedlungsbau usw.), dem Zufluß fremder Arbeitskräfte in großer Zahl und nicht zuletzt der humanökologischen Transformation hat für sie oft geno- bzw. ethnozidale Folgen. Die irreversible Zerstörung ihres Ökosystems ist in der Regel gleichbedeutend mit der Zerstörung ihrer traditionellen Gesellschaften und Lebensweisen, ihrer sozialen und kulturellen Identität, wenn nicht gar ihrer Vertreibung oder physischen Auslöschung. Die mit dem großflächigen Tagebau und seinen Neben- und Nachwirkungen verbundene humanökologische Transformation muß daher zu erheblichen sozialen Verwerfungen führen, die ihrerseits wiederum massive Konflikte und zum Teil gewaltsamen Konfliktaustrag nach sich ziehen - wenn die Betroffenen konfliktfähig sind (und das heißt erst einmal: in genügend großer Zahl präsent und zu selbständiger Organisation als Konfliktpartei in der Lage).

Diese Ausgangskonstellation für die Entstehung und Eskalation eines Konflikts war auf Bougainville gegeben, und der Konflikt nahm - wie in solchen Fällen anscheinend häufig zu beobachten - die Form eines Zentrum-Peripherie-Konfliktes innerhalb des Landes an. Denn die im (vorgeblichen) nationalen Interesse agierende politische Führungsschicht der Zentrale glaubt sich zur ökonomischen Ausbeutung und ökologischen Zerstörung der "national sacrifice areas" berechtigt, die marginalisierten BewohnerInnen dieser Gebiete glauben sich berechtigt, sich eben dagegen zur Wehr zu setzen. Oft sind

regionalistische, separatistische, sezeptionistische oder irredentistische Bewegungen die Folge. Die "an sich" - aber eben nicht "für sich" - reiche, nämlich ressourcenreiche, Peripherie will sich vom Zentrum dissoziieren<sup>85</sup>, weil sie Opfer ökologischer Degradation, ökonomischer Ausbeutung, entwicklungspolitischer Vernachlässigung und lebensweltlich-kultureller Identitätszerstörung ist. Das Zentrum muß sich der Dissoziation widersetzen, weil es sich als "Zentrum" nur behaupten kann durch die Ausbeutung der Ressourcen der Peripherie.

Schließlich kann der Fall eintreten, daß die Peripherie durch die Lösung vom alten Zentrum selbst zum Zentrum werden will, indem sie jenen Ressourcenreichtum, dessen Gewinne bis dahin ins Zentrum abgeflossen waren, selbstbestimmt für sich selbst nutzt - man denke an die Überlegungen in Kreisen der Führung der Aufständischen auf Bougainville, nach Durchsetzung der Unabhängigkeit den Betrieb der Kupfermine eventuell doch wieder aufzunehmen (unter der Maßgabe der Einordnung in die Weltwirtschaft würde einer unabhängigen "Republik Bougainville" womöglich gar keine andere Chance bleiben).

Im Rahmen des Environment and Conflicts Projects - ENCOP - kann man aus einer solchen Konstellation resultierende Konflikte als ökologisch induzierte interpretieren und untersuchen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die ökologische Degradation die erst gegenwärtig sich in vollem Ausmaß offenbarende Kehrseite der Modernisierungs-Medaille ist, sind solche herkömmlicherweise als "Modernisierungskonflikte" interpretierten Konflikte neu zu deuten als "ökologische Konflikte".

Die im Fall Bougainville gemachten Beobachtungen zugrundelegend, könnte ein Vergleich verschiedener Fälle, in denen großflächiger Tagebau in verschiedenen Regionen der Dritten Welt zu erheblichen ökologischen Zerstörungen und sozialen Friktionen geführt hat, die Tragfähigkeit einer solchen Re-Interpretation erweisen. Ein solcher Vergleich könnte sich von folgenden Hypothesen leiten lassen:

- Die Ausbeutung mineralischer Rohstoffe in großflächigem Tagebau führt zu nicht (oder nur unter erheblichem Aufwand) reversiblen ökologischen Schädigungen mit erheblichen sozialen Auswirkungen für die betroffenen BewohnerInnen der Abbau-Region und in der Folge zu manifesten sozialen Konflikten;
- Die Zerstörung natürlicher Ökosysteme durch großflächigen Tagebau geht zeitlich und räumlich einher mit der Zerstörung traditioneller Lebensweisen ethnischer Minderheiten/indigener Völker;

<sup>85</sup> Hierbei geht es um "Reichtum" im Kontext der Weltwirtschaftsordnung; unabhängig hiervon sind die Peripherien selbstverständlich auch "für sich" reich: Die Subsistenzwirtschaft vermag die BewohnerInnen zu ernähren und die materielle Basis ihrer traditionellen Lebensweise zu garantieren; in diesem Kontext der traditionellen Lebensweise stellen die mineralischen Rohstoffe überhaupt keinen "Reichtum" dar. Bougainville ist nur reich an Kupfer im Weltmarktzusammenhang, unabhängig davon sind die Inselbewohner reich an unmittelbaren Subsistenzmitteln.

- Die betroffenen marginalisierten Bevölkerungsgruppen/ethnischen Minderheiten/indigenen Völker kämpfen gegen multinationale Konzerne und nationale Regierungen um den Erhalt ihrer Ökosysteme und ihrer traditionellen Lebensweise; dieser Kampf nimmt häufig die Form (gewaltsamer) regionalistischer, separatistischer, seze-sionistischer, irredentistischer Bewegungen an;
- Bei einer friedlichen Bearbeitung und Regelung derartiger Konflikte geht es um die Harmonisierung von Modernisierungserfordernissen und -bedürfnissen einerseits und Gewährleistung ökologischen Gleichgewichts und traditioneller Lebensweise andererseits; die Chancen hierfür stehen schlecht - gleichwohl wäre zu prüfen, ob (temporäre) Dissoziation für die von Peripherisierung und Marginalität betroffenen Gebiete und Menschen ein grundsätzlich gangbarer Lösungsweg sein könnte. Es ginge mit anderen Worten um Dissoziation als Voraussetzung für spätere Integration als Konfliktlösungsstrategie - nicht zuletzt für Bougainville und Papua-Neuguinea.

### Nachtrag im Frühjahr 1994

"...Und bald werden wir in Panguna sein" - so die vollmundige Ankündigung des Premierministers von Papua-Neuguinea, Paias Wingti, zu Beginn des Jahres 1994<sup>86</sup>. Diese Äußerung macht deutlich, daß die Zentralregierung PNG's in Port Moresby mittlerweile voll und ganz auf eine "militärische Lösung" des Konflikts, d.h. auf die Zerschlagung der BRA, setzt. In der Tat gelang es den Regierungstruppen, in mehreren Offensiven seit dem Herbst 1992 den größten Teil Bougainvilles zurückzuerobern. Im Frühjahr 1994 kontrollierten rund 1000 Soldaten der PNGDF 80-90% des Inselterritoriums, darunter auch die Häfen und die einzigen größeren Städte Kieta und Arawa. Die BRA, die nurmehr einige Hundert Kämpfer zählen soll, hielt nach wie vor die Inselmitte einschließlich des Gebiets der Panguna-Mine (dort sollen nach Schätzungen neutraler Kirchenvertreter noch immer mindestens 20.000 Menschen leben). Allerdings ist die BRA weiterhin in der Lage, von ihren Basen im Inselinneren aus immer wieder auch Operationen in von PNGDF "kontrollierten" Gebieten durchzuführen<sup>87</sup>. Der Versuch der Regierungstruppen im Dezember 1993, die Panguna-Mine zurückzuerobern, ist gescheitert<sup>88</sup>. Die PNGDF haben sich offensichtlich mit gewissen logistischen und Kommunikationsproblemen herumzuschlagen, vor allem wegen finanzieller Schwierigkeiten<sup>89</sup>.

Im von den Regierungstruppen kontrollierten Inselteil wurden sog. Care Centres - Lager unter Leitung der Streitkräfte - eingerichtet, in denen die Zivilbevölkerung medizinisch und mit Lebensmitteln versorgt wird. Zum Teil begaben sich die Menschen freiwillig in die Care Centres, zum Teil wurden sie gewaltsam hineingezwungen, indem die Defence Forces ihre Häuser und Dörfer zerstörten<sup>90</sup>. Allerdings sind die offiziellen Zahlen, denen zufolge mittlerweile nahezu die gesamte Bevölkerung in Care Centres lebt<sup>91</sup>, völlig unglaubwürdig, ist doch der "Schutz" der Regierungstruppen für die Zivilbevölkerung eine höchst zweifelhafte Angelegenheit. Auch nach ihrer Rückkehr auf die Insel haben sich die Defence Forces nämlich wieder zahlreiche Grausamkeiten gegenüber Zivilisten zuschulden kommen lassen. Amnesty international berichtet in seinem neuesten Bougainville-Report über die papuanische Kriegführung<sup>92</sup>: Siedlungen

86 In einem Interview in ökozid-journal Nr.7,1/94, S.47.

87 S. pazifik aktuell Nr. 21-22/93, S.9 sowie Pacific News Bulletin, Vol. 9, No.3, March 1994, S.2.

88 S. ECSIEP Bulletin, Vol. 2, No 1, 1994, S. 6 (PNG security forces fail to recapture mine) und Pacific News Bulletin, Vol. 9, No. 1, January 1994, S.3.

89 S. Pacific Research, a.a.O., S. 16.

90 Vgl. die widersprüchlichen Berichte über die Care Centres in: Stories of Bougainville. Report of Women's Team Visit July 1993, by Brenda Fitzpatrick, World Council of Churches Programme Unit IV. Genf, Juli 1993.

91 S. die Aufstellung ebd., S. 18.

92 Die folgenden Angaben sind entnommen dem amnesty international-Report: Papua New Guinea: "Under the barrel of a gun" - Bougainville 1991 to 1993. November 1993.



an der Küste und Boote in den Küstengewässern werden von Helikoptern oder Patrouillenbooten beschossen, auf Zivilisten wird mit diesen Patrouillenbooten und Helikoptern Jagd gemacht, wobei die Helikopter von der australischen Armee zur Verfügung gestellt sind und von australischen Staatsbürgern im Solde der papuanischen Regierung geflogen werden. Dörfer werden niedergebrannt und zerstört, die Bewohner sind in den Care Centres der Willkür der Soldaten ausgesetzt<sup>93</sup>. Systematische Vergewaltigungen gehören zur Kriegstaktik<sup>94</sup>, Folterungen von angeblichen BRA-Sympathisanten sind von ausgesuchter Grausamkeit: Gefangene werden mit Messern traktiert, ihnen werden Finger oder Zehen abgeschnitten, sie werden an LKWs gebunden und zu Tode geschleift.

Die Regierung gibt zwar zu, daß es "vereinzelt" zu Menschenrechtsverletzungen seitens der PNGDF gekommen sei, hat aber noch in keinem Falle einen Angehörigen der Streitkräfte zur Verantwortung gezogen. Auf Menschenrechtsverletzungen angesprochen, redet man sich in Port Moresby einerseits damit heraus, daß man nicht immer genau kontrollieren könne, was die eigenen Truppen auf Bougainville treiben, andererseits will man das aber auch gar nicht so genau wissen. Regierungschef Wingti formuliert das so: "(Wir lassen) die Streitkräfte ihre Aufgabe tun, ohne daß wir, die Regierung, sich jeden Tag einmischt"<sup>95</sup>. Vorhaltungen, daß die Regierung ihre Streitkräfte auf Bougainville insgesamt nicht unter Kontrolle habe, weist Wingti dagegen zurück.

Kämpfer der BRA sollen laut Amnesty international ebenfalls Gegner mißhandelt und gefoltert haben<sup>96</sup>, was sie erhebliche Sympathien bei der Bevölkerung gekostet hat, so daß es den Defence Forces sogar gelungen ist, die Bildung sog. "resistance groups" aus Einheimischen zu initiieren, die nun auf eigene Faust, aber mit Rückendeckung der Regierungstruppen, die BRA bekämpfen.

Schließlich hat sich die Position der BRA auch aufgrund einer Wende in der Politik der benachbarten Salomonen weiter verschlechtert. Der wesentliche Grund hierfür ist ein Regierungswechsel auf den Salomonen nach den Wahlen vom Sommer 1993. Der neue salomonische Premierminister Billy Hilly ist um gute Beziehungen zu PNG und Australien bemüht und akzeptiert die Ansicht der Regierung PNG's, daß es sich bei der Bougainville-Krise um eine "innere Angelegenheit" handele. Seit dem Sommer 1993 gibt es keine Grenzzwischenfälle mehr, und zwischen den Streitkräften beider Staaten

93 Die Menschen in den Care Centres scheinen als Geiseln zu dienen - in PNG spricht man vom "pay back" - System: Wenn die Regierungstruppen Verluste bei Einsätzen gegen die BRA hatten, werden als Vergeltung Insassen der Care Centres ermordet oder vergewaltigt (s. dazu Stories of Bougainville, besonders S. 15 und S. 34). "Women are victims of the "pay back" system between men" (ebd., S. 42). Vgl. auch Pacific News Bulletin, Vol. 9, No. 2, S. 5.

94 Vgl. die Berichte ebd., besonders S. 17 und S. 24.

95 ökozid-journal, a.a.O., S. 47.

96 Im einzelnen führt der ai-Report an: Exekutionen von angeblichen Verrätern, Vergewaltigungen von Frauen, die angeblich Kontakte zu Regierungssoldaten haben, Geiselnahme, Folter von angeblichen Spionen. ai führt diese Vorfälle darauf zurück, daß die BRA-Führung zeit- und teilweise keine ausreichende Kontrolle über undisziplinierte BRA-Einheiten hatte (S. 19).

ist die "Kommunikation" wieder aufgenommen worden. Im September 1993 kam es zu einem Sechs-Punkte-Übereinkommen zwischen PNG und den Salomonen, das u.a. die Schließung des "Bougainville Humanitarian Assistance Office" (eines Hilfsbüros, das in gewisser Weise auch als politisches Sprachrohr der BRA fungierte) in der salomonischen Hauptstadt Honiara, Entschädigungszahlungen an die Salomonen für die Grenzverletzungen seitens papuanischer Truppen sowie die Einbeziehung der Salomonen in einen Friedensprozeß für Bougainville vorsieht. Da nach dieser Übereinkunft die Salomonen für die BRA als sicheres Hinterland ausfallen, wird auch der Nachschub immer schwieriger, und auch als Zufluchtsort sind die Salomonen nicht mehr sicher: mittlerweile haben die salomonischen Behörden begonnen, Flüchtlinge aus Bougainville zurückzuschicken<sup>97</sup>.

Über die BRA-kontrollierten Gebiete ist nach wie vor eine totale Blockade verhängt, dorthin gelangen immer noch keinerlei Hilfsgüter. Und trotz anderslautender Erklärungen der Regierung in Port Moresby wird internationalen Hilfsorganisationen der Zutritt zur Insel immer noch ebenso verwehrt wie Menschenrechtsgruppen oder Journalisten, die sich ein Bild von den Zuständen auf der Insel machen wollen. Desgleichen konnte eine australische Parlamentariergruppe, die nach Bougainville reisen wollte, um die Vorwürfe hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen, ihre Absicht bisher noch nicht realisieren: Im Januar und Februar 1994 wurde ihr die Einreise nach Bougainville "aus Sicherheitsgründen" verwehrt<sup>98</sup>.

Aber auch in den von den Regierungstruppen kontrollierten Gebieten kann von der gesicherten Wiederherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Dienstleistungen und insbesondere der Sicherstellung der medizinischen Versorgung - entgegen anderslautender Behauptungen der Regierung - nicht die Rede sein. Die regierungsamtliche Rede von der "Rückkehr Bougainvilles zur Normalität" ist Zweckpropaganda. Die Zivilbevölkerung leidet weiter Not - auch in den Care Centres. Gegenwärtig fallen vor allem Kinder einer Ruhr-Epidemie auf der Insel zum Opfer<sup>99</sup>. Die Lebensmittelknappheit ist so kritisch, daß die Gefahr einer Hungersnot besteht<sup>100</sup>.

Kirchenvertreter vermuteten 1993, daß "Tausende" von Menschen auf Bougainville sterben<sup>101</sup>. Eine politische Friedenslösung im Interesse der notleidenden Bevölkerung ist gleichwohl immer noch nicht in Sicht. Im Frühsommer 1993 in Gang gekommene Bestrebungen, eine Pan-Bougainville-Friedenskonferenz abzuhalten, kommen nicht

97 Ebd., S.26f. Es leben circa 2000 Flüchtlinge aus Bougainville auf den Salomonen. Den Flüchtlingen wird von der salomonischen Regierung das Recht auf Asyl verwehrt.

98 ECSIEP Bulletin, No.11, 1993, S.8. Ebensowenig ist es bisher zur im letzten Herbst beschlossenen Reise einer Delegation des EP-Parlaments gekommen, hier scheitert die Durchführung aber bereits an der Finanzierung - das EP hat kein Geld bzw. will keines zur Verfügung stellen.

99 ECSIEP Bulletin, a.a.O., S. 7.

100 S. Pacific News Bulletin, Vol. 9, No. 3, March 1994, S.2.

101 Stories of Bougainville, S. 37 und S. 41.

voran. Getragen wird diese Initiative vor allem vom North Solomons Peace Negotiating and Monitoring Committee (NSPNMC), in dem sich Kirchenvertreter, Politiker und Clanchefs aus den nicht mehr unter BRA-Kontrolle stehenden Gebieten Bougainvilles zusammengefunden haben. Das NSPNMC lehnt zwar die Sezessionsforderung von BRA bzw. BIG (Bougainville Interim Government, die provisorische Regierung der "Republik Bougainville") ab, räumt aber ein, daß die Vernachlässigung und Ausbeutung Bougainvilles seitens der Zentralregierung ein wesentlicher Grund für die Eskalation des Konflikts war und daß "gerechtere" Verhältnisse für die Zukunft geschaffen werden müßten; hierüber solle auch mit der BRA bzw. dem BIG gesprochen werden. Diese unterstützen die Idee einer Pan-Bougainville-Friedenskonferenz. In der Tat gab es Treffen zwischen NSPNMC- und BRA-Vertretern auf den Salomonen zur Vorbereitung einer solchen Konferenz, doch ein für November 1993 anberaumter weiterer Vorbereitungstermin platzte, weil die papuanische Regierung in letzter Minute ihren Vertreter zurückbeordnete<sup>102</sup>. Seither kommt die Friedensinitiative nicht voran. Die Regierung in Port Moresby verfolgt - trotz verbaler Befürwortung einer Pan-Bougainville-Friedenskonferenz - ganz offensichtlich eine Verzögerungstaktik. Sie hofft augenscheinlich, militärisch vollständig siegen und sich somit Verhandlungen und damit Zugeständnisse ersparen zu können.

Dementsprechend harsch fällt ihre Reaktion auf Versuche dritter Parteien, vermittelnd in den Konflikt einzugreifen, aus: Als die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen am 8. März 1994 die Regierung PNG's in einer Resolution aufforderte, UN-Vertreter nach Bougainville zu lassen, um den Vorwürfen bezüglich Menschenrechtsverletzungen nachzugehen, und sich für die Einsetzung eines UN-Sonderbeauftragten zur Lösung des Bougainville-Konflikts aussprach, wies die papuanische Regierung dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zurück. Man wolle und könne die Bougainville-Krise allein lösen, Einmischung von außen würde nur schaden, es bestehe keine Notwendigkeit, internationale Organisationen mit dem Problem zu befassen<sup>103</sup>. Teile der politischen Opposition in PNG dagegen begrüßten den UN-Vorstoß ebenso wie die BRA bzw. das BIG, die bereits seit längerem die Entsendung internationaler fact-finding missions, einen von internationalen Friedenstruppen überwachten Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz fordern, was von der Regierung in Port Moresby beharrlich abgelehnt wird.

Ob die Unnachgiebigkeit der Zentralregierung von Erfolg gekrönt sein wird, hängt wesentlich von der Stärke der BRA und der Haltung Australiens ab. Also davon, ob und wie lange sich die BRA halten können - d.h. vor allem: ob sie noch das Vertrauen

102 S. zu den Friedensbemühungen pazifik aktuell Nr. 21/22/93, S.8 sowie Pacific News Bulletin, Vol. 9, No. 1, January 1994, S.3..

103 S. Embassy of Papua New Guinea, Bonn, Press Release No. 1/94: Prime Minister Pias Wingti speaks out on the resolution by U.N. Commission on Human Rights on Bougainville. Vgl. ferner Pacific News Bulletin Vol. 9, No. 3, March 1994, S. 1.

und die Unterstützung der Bevölkerung vor allem in der Inselmitte um die Panguna-Mine herum genießt, die Hauptleidtragende des Minenbetriebs war. Und davon, ob die australische Regierung willens ist oder nicht, ihre Freunde in Port Moresby davon zu überzeugen, daß man ohne Verhandlungen eine dauerhafte Lösung des Bougainville-Konflikts nicht erreichen wird. Denn die papuanischen Streitkräfte sind von der finanziellen u.a. Unterstützung Australiens abhängig, ohne diese Hilfe könnten sie den Krieg auf Bougainville auf Dauer nicht fortführen. In australischen Regierungskreisen scheint man die Lage mittlerweile so einzuschätzen, daß Bougainville mit militärischen Mitteln nicht endgültig zu "befrieden" sein wird, daß also politische Lösungen gefunden werden müssen und daß man in entsprechende Verhandlungen eine (mittlerweile ja drastisch geschwächte) BRA mit einbeziehen sollte<sup>104</sup>. Australien befürwortet daher die Initiative für eine Pan-Bougainville-Friedenskonferenz.

Vielleicht irrt sich Wingti ja ebenso wie sein Vorgänger: der hatte für 1992 und dann für 1993 ebenfalls die Zerschlagung der BRA und die Wiedereröffnung der Panguna-Mine angekündigt... Doch selbst wenn die Zentralregierung und ihre Streitkräfte nominell die Kontrolle über die gesamte Insel wiedererlangen sollten, wird eine Truppe wie die BRA in einem nachgerade "klassischen" Guerilla-Gelände, wie es auf Bougainville gegeben ist, nicht endgültig militärisch besiegt werden können. Insbesondere ist schwer vorstellbar, wie die Sicherheit der Panguna-Mine gewährleistet werden könnte. Lösungen, die an die Ursachen des Konfliktes herangehen, sind mithin auf Dauer unabdingbar.

104 Vgl. Pacific News Bulletin, Vol. 9, No.1, January 1994, S. 3.